

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates

Sitzungstermin: Mittwoch, 14.02.2018
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Oberbürgermeister

Bornemann, Bernd

Oberbürgermeister

Vorsitzender

Verlee, Gerold

SPD-Fraktion

Arends, Matthias

Bamminger, Berendine

Gosciniak, Heinz

(ab 18:34 Uhr)

Götze, Horst

Hemken, Harald

Meinen, Regina

Meyer, Elfriede

Meyer, Lina

Pohlmann, Marianne

Strelow, Gregor

stv. Ratsvorsitzende

Winter, Maria

GfE-Fraktion

Eichhorn, Jochen

Geiken, Thomas

Hencke, Knut

Janssen, Bernd

Kruse, Detlef

Kruse, Doris

Mettin, Rainer

Telschow, Finn Onno

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut

Buisker, Herbert

Hegewald, Reinhard

Kronshagen, Heinrich

Ohling, Albert

Ringena, Hermann Dr.

Risius, Andrea

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Böckmann, Jürgen

Claaßen, Jens

Marsal, Andrea

Mejia Yepes, Gustavo

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

FDP-Fraktion

Bolinus, Erich
Busch, Friedrich
Frerichs, Uwe
Hoofdmann, Erwin

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst
Docter, Andreas

Erster Stadtrat
Stadtbaurat

von der Verwaltung

Hinrichs, Carina
Greiber, Herbert

Protokollführung

Jetses, Karin

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Verlee eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

Im Anschluss daran gratuliert er den **Herren Bornemann** und **Docter** im Namen des Rates zu ihren Geburtstagen.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Verlee informiert, es würden folgende Vorlagen durch Strichvorlagen ersetzt:

TOP 5, Vorlage 17/0465 „Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2018“ durch die Strichvorlage 17/0465/1;

TOP 6, Vorlage 17/0505 „Haushaltsplan mit Investitionsprogramm des Gebäudemanagements für 2018“ durch die Strichvorlage 17/505/1;

TOP 17, Vorlage 17/0551 „Planung Neuer Markt; Plananpassungen nach Anregungen des Runden Tisches“ durch die Strichvorlage 17/0551/1;

TOP 26, Vorlage 17/0595 „Änderungsantrag Gestaltung des Stadtverkehrs/ÖPNV – Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FDP, CDU und GfE v. 23.01.2018 (und 07.02.2018)“ durch die Strichvorlage 17/0595/1.

Herr Bornemann schlägt vor, TOP 19, Vorlage 17/0514 „Schulverpflegung“ vor TOP 5.1, Vorlage 17/0465/1 „Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2018“ zu behandeln. Als Grund nennt er die Auswirkungen, die der o. g. Beschluss auf das Budget der Stadt Emden haben

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

werde. **Herr Bongartz** stellt namens der CDU-Fraktion den Antrag, diese Vorlage von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Er nennt hierfür folgende Gründe:

- a) Bei einem Beschluss über die o. g. Vorlage ständen keine Haushaltsmittel für die Umsetzung zur Verfügung.
- b) Bei einer Absetzung der o. g. Vorlage könnte die Schulverpflegung sofort für ein Jahr ausgeschrieben werden.

Herr Buisker schließt sich dieser Meinung an. Er meint, es sei unwahrscheinlich, bis zum Schuljahresbeginn 2018/2019 eine gesicherte Schulverpflegung anbieten zu können. **Frau Meinen** stimmt der Meinung der Herren Bongartz und Buisker zu. Es sei schon im Schulausschuss über eine Ausschreibung für ein Jahr diskutiert worden. Diese Zeit sollte der Rat den Eltern, den Kindern und den Schulen gönnen.

Herr Busch erklärt, die FDP-Fraktion könne das Ansinnen der CDU- und der SPD-Fraktion nicht nachvollziehen. Er weist darauf hin, dass der Rat sich mit dem Thema „Schulverpflegung“ in den letzten fünf Jahren intensiv beschäftigt habe. Die FDP-Fraktion sei sehr erfreut darüber, Menschen zu haben, die Verantwortung vor Ort übernehmen wollten und sich nicht „hinter einer Großküche verstecken wollten“. Der FDP-Fraktion täte es sehr leid, wenn dies so käme. **Frau Kruse** spricht sich ebenfalls gegen die Absetzung der Vorlage 17/0514 „Schulverpflegung“ aus. Sie bedaure, dass einige Ratsmitglieder ihre Meinung wieder geändert hätten. Die GfE-Fraktion werde der Vorlage 17/0514 zustimmen.

Herr Verlee lässt anschließend über den Antrag von Herrn Bongartz abstimmen.

Beschluss: TOP 19, Vorlage 17/0514 „Schulverpflegung“ wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 20	Dagegen: 15	Enthaltungen: 0
-----------	-------------	-----------------

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 13 über die Sitzung des Rates am 07.12.2017 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Rates am 07.12.2017 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr de Wall, Vertreter des Wochenmarktes, nimmt Bezug auf TOP 17, Vorlage 17/0551/1 „Planung Neuer Markt; Plananpassungen nach Anregungen des Runden Tisches“.

Die Marktinteressengemeinschaft lehne es ab, während der Umbauphase des Neuen Marktes auf dem Parkplatz des Parkhauses untergebracht zu werden. Sie werde sich auf jeden Fall für eine Verlegung des Wochenmarktes in den Stadtgarten einsetzen. Als Gründe nennt er

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

- a) die Zentrumnähe,
- b) die vorhandene Infrastruktur (Strom etc.),
- c) die Sicherung der Existenz aller Marktbesucher,
- d) die positive Auswirkung der Markttage für das gesamte Stadtgeschehen,
- e) die Sicherung der Personalsituation.

Er bedankt sich für das Angebot einzelner Fraktionen, dort noch einmal zu dem Thema vortragen zu dürfen. **Herr Docter** erwidert, entscheidend sei, ob der o. g. Vorlage heute zugestimmt werde, denn nur, wenn ein positives Votum des Rates vorhanden sei, könne die Planung für einen Umbau des Neuen Marktes im Jahre 2019 weiter voranschreiten. Parallel zur Planung würde dann das Gespräch mit den Marktbesuchern zum Ausweichstandort gesucht. Bis heute hätte die Verwaltung sich aber auf keinen Platz festgelegt. Es würden für diese Entscheidung noch wichtige Angaben der Strom-, Wasser- und Abwasserversorgung fehlen.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 17/0465

Ergebnis: Diese Vorlage wurde ersetzt durch die Vorlage 17/0465/1.

TOP 5.1 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 17/0465/1

Die Tagesordnungspunkte 5.1, 6 und 7 werden gemeinsam beraten und einzeln abgestimmt.

Herr Jahnke erläutert anhand einer Präsentation die Änderungsliste der Verwaltung zum Haushalt 2018. Die Präsentation wird dem Protokoll der heutigen Sitzung als Anlage 1 angehängt.

Herr Verlee weist darauf hin, dass jeder Fraktion gem. § 10, Ziff. III der Geschäftsordnung des Rates eine 20-minütige Redezeit zustehe. Er erteilt Frau Winter das Wort:

Frau Winter trägt vor:

Zitat:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Oberbürgermeister Bornemann, sehr geehrte Mitglieder des Rates, meine Damen und Herren,

die SPD-Fraktion hat sich intensiv mit dem Haushaltsentwurf auseinandergesetzt. Ein Lob an unseren Oberbürgermeister Bornemann, unseren Kämmerer Horst Jahnke sowie an die MitarbeiterInnen der Verwaltung (hier insbesondere an den FD Finanzen und Abgaben).

Dieses Jahr werden wir es wieder schaffen, einen ausgeglichenen Haushalt, allerdings mit dem Verbrauch der restlichen Rücklagen, hinzubekommen. Die Rücklagen hatten per 31.12.2017 einen Stand von 8,3 Mio. €. Wir werden in 2018 davon wahrscheinlich 6,6 Mio. € verbrauchen. D. h. es verbleiben noch Rücklagen für 2019 in Höhe von 1,7 Mio. €. Dann ist alles weg und verbraucht und es droht uns ein Haushaltssicherungskonzept. Das gilt es zu vermeiden.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Trotz der guten Einnahmen haben wir es nicht geschafft, auf „einen grünen Zweig“ zu kommen. Dies ist aber auch auf die hohen Ausgaben im Bereich Bildung, Soziales und Jugendhilfe zurückzuführen. Sie wissen alle, dass Einsparungen gerade in diesen Bereichen nur schwer umzusetzen sind.

Der Länderfinanzausgleich spült uns noch 1,1 Mio. € Einnahmen zu. Und trotzdem bleiben wir immer noch bei einem Minus von 6,6 Mio. € im Jahresergebnis für 2018.

Durch die geplanten Investitionen kommt es zu einer erneuten Neuverschuldung von knapp 3,3 Mio. € für 2018. Der Schuldenstand steigt voraussichtlich zum Jahresende auf 58,6 Mio. €.

Die Kommunalaufsicht hat uns zur Verschuldungsentwicklung im Haushalt 2017 „ins Buch geschrieben“:

„Aufgrund der fehlenden, dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt Emden ist vorliegend eine sorgfältige Abwägung zwischen dem weiteren Anstieg der Verschuldung und der zwingenden Notwendigkeit weiterer Investitionen erforderlich. Damit ist die dauerhafte Leistungsfähigkeit unserer Stadt gefährdet.“

Ende letzten Jahres ist der Nachtragshaushalt nicht genehmigt worden. Das oberste Ziel sollte doch für alle im Rat sein, die Eigenständigkeit unserer Stadt im Fokus zu behalten. Wenn wir in ein Haushaltssicherungskonzept „rutschen“, können wir maßgeblich nicht nur über Investitionen entscheiden. Und das gilt es zu vermeiden.

Die SPD-Fraktion ist auch enttäuscht von der Haushaltsstrukturkommission: Es wurden uns Präsentationen der Fachbereiche gezeigt. Uns fehlt aber mehr Transparenz und Tiefe. Die Teilbereiche müssen intensiver betrachtet werden, um Einsparmöglichkeiten zu erarbeiten. Wir erwarten hier auch konstruktive und gute Vorschläge von der Verwaltung. Wir wissen alle, dass das schwierig ist. Das hat die letzte Haushaltsstrukturkommission schon gezeigt.

Einschnitte tun weh. Das betrifft gerade Vereine und Verbände. Viele Dinge, die wir lieb gewonnen haben, könnten dann vor dem „Aus“ stehen.

Erfreulich ist in diesem Haushalt, dass es bei den freiwilligen Leistungen keine Kürzungen gegeben hat. Diese betreffen vorwiegend soziale und kulturelle Einrichtungen, deren Existenz bei Kürzungen massiv gefährdet sind. Dies ist nicht im Sinne der Emdener Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Trotz der angespannten Haushaltslage liegt uns ein umfangreiches Investitionsprogramm vor. Das Investitionspaket für 2018 umfasst über 20 Mio. € (ca. 11 Mio. € für die Stadt und ca. 8,5 Mio. € für das Gebäudemanagement zzgl. der Berücksichtigung von Haushaltsresten, die im investiven Bereich noch zur Verfügung stehen).

Zum umfangreichen Investitionsprogramm 2018, aber auch zu den Dingen, die in 2017 geleistet bzw. angeschoben worden sind, möchte ich noch einiges erläutern:

Im Bereich Stadtentwicklung hatten wir den Abschluss des Projektes Soziale Stadt Barenburg. Mit der Sanierung von 470 Wohnungen ist nach 18 Jahren in dem Stadtteil gewaltig etwas verändert worden. Es sind Straßen saniert, Spielplätze geschaffen und der Glaspalast abgerissen worden. Der Stadtteil hat sich schön und gut entwickelt.

Wir haben den Beginn des Projektes Soziale Stadt Port Arthur/Transvaal. Die Cirksenastraße ist fertiggestellt worden. Im Haushaltsplan steht die Gestaltung des Parkplatzes der Pumpstation mit 250.000 €, was unsere beiden Genossinnen Elfriede Meyer und Lina Meyer besonders

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

freut. Die Sanierung der Althusiusstraße steht mit 750.000 € in den kommenden Jahren im Plan. Und Modernisierungen von 1,2 Mio. € im Stadtteil stehen auch auf der Liste.

Zur Abrundung würde dann noch die Entwicklung des Ültje-Geländes fehlen. Wir als SPD-Fraktion setzen uns dafür ein, dass dort auch sozialer Wohnraum entsteht und nicht nur Wohnen für Reiche in der Innenstadt: Bezahlbare Wohnungen für jedermann: vom Studierenden bis zur Rentnerin bzw. zum Rentner. Dafür werden wir uns von der Sozialdemokratie in Emden einsetzen.

Wir würden uns freuen, wenn die Entwicklung der Kaufhalle (Investor List Development) endlich etwas fortschreiten würde. Soweit mir bekannt ist, liegt bisher noch kein Bauantrag vor. Wir müssen uns in Geduld üben.

Wir stehen zu dem Konzept von Apollo. Auch hier wird noch auf das Brandschutzkonzept gewartet. Es gibt einen Finanzrahmen von 1,2 Mio. €. Wir sind überzeugt, dass mit der Gruppe um Urmel Meyering eine Belebung des Objektes möglich ist. Wir freuen uns auch auf einzelne Veranstaltungen, die dann dort wieder stattfinden können und würden es begrüßen, wenn das Projekt „endlich Fahrt aufnimmt“ und zur Belebung der Innenstadt beiträgt.

Unter TOP 17 der heutigen Tagesordnung haben wir die Umgestaltung des Neuen Marktes aufgeführt. Hierzu kann man geteilter Meinung sein. Wir von der SPD-Fraktion sind für den kürzlich im Ausschuss vorgestellten Entwurf mit der Sommer- und Winterlösung. Außerdem fragen wir uns, warum die GfE- und die CDU-Fraktion andere Verkehrsströme in der Stadt wünschen, z. B. die Forderung, die Neutorstraße zu sperren oder einspurig zu halten. Dies würde für uns bedeuten: Autos aus der Innenstadt heraus, aber gleichzeitig mehr Parkflächen auf dem Neuen Markt mitten in der Stadt (wobei das Parkhaus in 5 Minuten erreichbar ist.). Außerdem sind mir keine EinkäuferInnen in der Innenstadt bekannt, die sich den Einkaufswagen vollpacken und ihre Waren dann zum Parkhaus tragen müssen. Außerdem sind der Aldi-Parkplatz sowie das zukünftige Parkhaus der List-Gruppe noch in der Nähe.

Die Entscheidung, das Hotel Am Delft von der Fischer-Gruppe bauen zu lassen, war richtig. Es ist ein tolles Objekt an exponierter Stelle. Es ist eine Bereicherung im höherwertigen Hotelsegment. Wir haben von der Fraktion die Baustelle besichtigt und sind dann auch in die oberen Etagen des Hotels gegangen. Von den Zimmern hatten wir eine tolle Aussicht auf den Delft. Wir finden es bedauerlich, dass das Parkhaus, welches zu dem gesamten Projekt gehörte, nicht gebaut werden kann, sondern nur ein Parkplatz.

Bezüglich der Emsschule würde die SPD-Fraktion sich wünschen, dass die Entwicklung dort weitergehe. Hier ist im Moment Stillstand, da der Antrag auf Denkmalschutz noch nicht beantwortet worden ist. Wir von der SPD-Fraktion stehen nach wie vor dazu, dass dort Mikro-Appartements und studentisches Wohnen eingerichtet werden. Auch hier müssen wir uns in Geduld üben.

Das Baugebiet in Petkum: Lange haben die Petkumer dafür gekämpft, dass dort etwas entwickelt wird. Wir freuen uns, dass sich ein Investor gefunden hat, der dieses Projekt „in Angriff genommen hat“. Bei dem Baugebiet am Steinweg ist bereits mit vorbereitenden Maßnahmen begonnen worden. Das große Baugebiet „Conrebbersweg“ steht uns auch noch „vor der Brust“.

Ganz besonders erfreulich ist das interkommunale Gewerbegebiet: es ist einzigartig in Deutschland, dass drei Gemeinden zusammen ein Gewerbegebiet planen. Dieses wird mit den Gemeinden Hinte, Krummhörn und Emden gleich an der Autobahnauffahrt Pewsum geplant. Für diese Innovation stehen 100.000 € im Investitionsplan.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Auch wir würden lieben Millionen in die Sanierung der Emders Straßen investieren. Die Beträge, die uns zur Verfügung stehen, sind immer zu gering. Aber man kann den Euro nun mal nur einmal ausgeben.

Wir haben den Ausbau der Wolthuser-/Uphuser Straße, der über den gesamten Zeitraum 3,8 Mio. € kostet. Dies war für die AnwohnerInnen mit Unannehmlichkeiten verbunden. Aber nach der Fertigstellung ist dies eine schöne Straße, eine der Haupteinfahrtsstraßen in unserer Stadt.

Was uns auch freut, ist, dass die Friesenstraße in 2017 fertiggestellt worden ist. Diese hatten wir auch in unserem Wahlprogramm. Wir begrüßen auch den Wegeausbau des Friedhofs Tholenswehr mit 110.000 € sowie die gemeinschaftliche Entscheidung aller Fraktionen, den allgemeinen Straßenausbau von 350.000 € auf 500.000 € zu erhöhen. Die SPD-Fraktion wünscht sich dafür den 1. Bauabschnitt der August-Bebel-Straße und einen Bauabschnitt in der Jahnstraße.

Mit der Sanierung der Trogstrecke (4 Mio. €) wollen wir warten, bis es Förderprogramme gibt. Daran ist derzeit nicht zu denken.

Es ist auch eine vernünftige Lichtzeichenanlage an der Schlesier-/Larrelter-/Ubiestraße errichtet worden (1,8 Mio. €, von denen 516.000 € gefördert worden sind.)

Für sonstige Infrastrukturmaßnahmen wird es demnächst auch einen Termin mit den Fraktionsvorsitzenden beim BEE geben, wo intensiv beraten wird, wie diese Mittel eingesetzt werden sollen. Wir würden uns wünschen, dass davon etwas für das Radwegeprogramm übrigbleibt, da viele EmdersInnen FahrradfahrerInnen sind und wir immer für eine Verbesserung unserer fahrradfreundlichen Kommune sind.

Außerdem wollen wir uns um die Beleuchtung in der Wallstraße kümmern.

Viele wissen, dass ich jeden Morgen u. a. auch um den Schwanenteich laufe. Der Außenweg am Kanal ist seit Wochen ein See. Der innere Weg, der parallel dazu läuft, ist nur noch Matsch. Das gesamte Gelände gleicht einem Ententeich. Der Spielplatz, der in der Ecke renoviert worden ist, ist wunderschön geworden, aber Eltern können mit ihren Kindern dort nicht hinkommen.

Viele Spielplätze sind abgängig und alte Spielgeräte sind abgebaut. Die Mittel für öffentliche Spielplätze sind auf 50.000 € erhöht worden. Wir wissen, dass Spielgeräte teuer sind. Wir sind auch der Meinung, dass dieser Betrag eigentlich nicht reicht.

Der Ansatz für die Investitionskostenzuschüsse an die Sportvereine (über den Stadtsportbund) ist auf 100.000 € erhöht worden. Dies ist die richtige Entscheidung. Damit hat der Stadtsportbund eine feste Planzahl, um die Sportvereine zu fördern. Was man hier allerdings auch nicht vergessen darf: in 2017 sind 400.000 € Zuschuss für den Kunstrasenplatz geflossen.

Es ist schade, dass das umfangreiche zukunftsorientierte Konzept des Freibades Borssum nicht genehmigt worden ist. Erst einmal gibt es jetzt die kleine Lösung, was für uns natürlich nicht das „Non-plus-Ultra“ ist. Die Verwaltung holt derzeit für die kleine Lösung Angebote ein, um eine genaue Kostenkalkulation zu haben. Dann sehen wir weiter. Das war alles ärgerlich, aber auch hier brauchen wir mal wieder Geduld.

Im Investitionsprogramm für 2018 ist für die Kita-Ausstattung über 650.000 € eingesetzt worden (50.000 € Ersatz- und Neubeschaffung Spielgeräte). Allein für den Krippenausbau in Süd-Ost in 2018 sind 600.000 € angesetzt. Es ist begrüßenswert, dass mit dem Träger OBW (Middemang) 15 neue Plätze in Borssum entstehen. Dadurch ist die Versorgungsquote von mehr als

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

52 % erreicht. Durch die Umsetzung der Ausbaustufe werden weitere, gesetzlich vorgeschriebene und darüber hinaus auch dringend benötigte Betreuungsplätze in Borssum für unter Dreijährige geschaffen.

Unter TOP 24 sind die Kosten für die Erweiterung der Betreuungszeiten im Kindertagesstätten-Bereich (Sonderöffnungszeiten) mit 57.000 € aufgeführt. Dies begrüßen wir sehr.

Bedauerlich finden wir die Anpassung der Kita-Gebühren. Die SPD-Fraktion hat sich intensiv mit den ElternvertreterInnen auseinandergesetzt. Wir sind der Meinung, man hätte erst einmal abwarten müssen, was vom Land kommt.

Wir sind froh, dass eine erfolgreiche Bildungspolitik der letzten Jahre an den Schulen fortgesetzt werden konnte. Wir waren schon immer für die IGS an zentraler Stelle und unterstützen diese an ihrem Standort. Insofern befürworten wir die Investition des Anbaus von acht Klassenräumen an der IGS und würden uns freuen, wenn mit den Arbeiten bald begonnen wird. Hierfür stehen 2 Mio. € bereits im Haushalt 2017.

Durch die Wiedereinführung des G9 ist eine Erweiterung des JAG (sechs Räume sowie zwei Nebenräume) erforderlich. Der Aufbau auf das bestehende Gebäude – statt eines Anbaus – sehen wir als deutlich bessere Lösung. Das würde auch bedeuten, dass statt 1,5 Mio. € nur 1,1 Mio. € benötigt werden. Dann hätten wir 400.000 € für andere Dinge. Außerdem würden die Kinder dann ihren Schulhof behalten.

An der BBS II begrüßt die SPD die Erhöhung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen auf 1 Mio. € (anstatt 600.000 €). Die Renovierung sollte zügig in 2018 erfolgen. In den 1 Mio. € enthalten ist die Neueinrichtung der Technikerschule um den Schwerpunkt Fahrzeug- und Elektromobilität (TOP 21). Wir als VW-Standort müssen uns zukunftsweisend in diesen Bereich weiterentwickeln und dies auch an den Schulen anbieten. Das ist mit 350.000 € im Plan enthalten.

In der Fortführung der großen Schulentwicklungsplanung ist der Musikpavillon am MAX entstanden und als letzte Baumaßnahme der Bau der Mensa an der Oberschule Herrentor (mit 1 Mio. €) sowie die Mensa an der Schule Grüner Weg (mit 1,2 Mio. €) fertiggestellt worden. Diese wird demnächst in den Betrieb genommen.

Es herrschte auch Einigkeit unter den Fraktionen, Mittel für die Sanierung der Spielplätze der GS Constantia und GS Westerburg möglichst kurzfristig zur Verfügung zu stellen und diese aus anderen Positionen im Haushalt abzudecken.

Die Fraktionen waren sich auch für 2018 einig, dass der Schule Wybelsum und der Westerburgschule für sicherheitsrelevante Sanierungsmaßnahmen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Dafür musste „schweren Herzens“ die Fertigstellung der Außenanlage Max gescho-ben werden. Wir hoffen, dass das Max dafür Verständnis hat, sehen aber an diesen beiden Schulen für dieses Jahr einen höheren Bedarf. Wenn wir Glück haben und alles so läuft, wie wir es uns wünschen und der Aufbau beim JAG (anstatt des Anbaus) kommt, bleiben dort Mittel übrig, die wir dann für die Fertigstellung der Außenanlagen des Max bereitstellen wollen.

Wir wissen, dass durch die Schulneubauten ein Sanierungstau bei den bestehenden Schulen entstanden ist. Beschwerden erreichen uns, aber die anderen Fraktionen wahrscheinlich auch.

Positiv bewerten möchte ich, dass für das Jugendzentrum Alte Post mit zusätzlicher hoher Förderung eine Fortsetzung der Sanierung in den nächsten Jahren möglich ist und diese mit knapp 1 Mio. € bemessen wird.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Zur Zentralklinik möchte ich noch sagen, dass wir als SPD-Fraktion für die Aufrechterhaltung des Klinikverbundes sind. Besser wäre allerdings eine Zentralklinik gewesen, aber die Emdener BürgerInnen haben es anders gewollt.

Die Klinikum Emden - Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH erhält jährlich 1 Mio. € zur Eigenkapitalausstattung, um die hohen Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pool durchzuführen sowie 3 Mio. € Defizitausgleich in der Hoffnung, dass es in den nächsten Jahren weniger wird (wo unserer Kämmerer ja sehr optimistisch ist).

Es liegt uns ein umfangreicher Haushaltsentwurf vor. In vielen Dingen müssen wir uns in Geduld üben. So wie Konfuzius sagt:

„Ist man in kleinen Dingen nicht geduldig, bringt man die großen Vorhaben zum Scheitern“.

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Emden wird den hier vorgelegten Beschluss zum Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2018 sowie auch dem Haushaltsplan mit dem Investitionsprogramm für das Gebäudemanagement für 2018 zustimmen.“

Herr Verlee bedankt sich für den Vortrag und erteilt Herrn Eichhorn das Wort. **Herr Eichhorn** trägt vor.

Zitat:

„Lieber Bernd, liebe Ratsfrauen, liebe Ratsherren und liebe BürgerInnen, die hier heute sehr zahlreich erschienen sind, vielen Dank, Maria, für die umfangreiche Regierungserklärung, das kam dem schon sehr nah. Und wir wissen, wieso in Berlin ein solches Chaos herrscht: weil dort auch alles endlos ausgetragen wird. |

ch will es ganz kurz und knapp machen. Ich stelle fest:

Der geplante Haushalt der Stadt Emden für 2018 (als Budget) ist nicht ausgeglichen. Da widerspreche ich meiner Vorrednerin. Auch im vergangenen Jahr hatte die Stadt leider mehr Ausgaben als Einnahmen. Die aus dem Jahr 2014 bestehenden Haushaltsüberschüsse sind vermutlich bis Ende 2018 aufgebraucht. Herr Jahnke ist dort etwas optimistischer gewesen. Wir werden als Stadt dann unsere Reserven und somit unsere Handlungsfreiheit unfreiwillig aufgeben.

Was ist die Ursache? Diese Frage stellen sich sicher die BürgerInnen, denn der Bund macht es ja schließlich vor. Wir alle wissen, wir haben volle Steuerkassen. Aber in vielen Kommunen, gerade in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, was vielleicht auch aufgrund der geographischen Lage verständlich ist, sind die Steuereinnahmen nicht so üppig und wir haben überall mit Defiziten zu tun.

Steuereinnahmen im Überfluss, Steuern und weniger Ausgaben infolge der Nullzinspolitik der EZB sowie die Staatsverschuldung und volle Sozialkassen infolge guter Arbeitsmarktdaten: das sind sicherlich die Werte, die im Bund zu einem Auftrieb führen.

Die Schuldenuhr des Steuerzahlerbundes läuft erstmals seit 64 Jahren in diesem Jahr mit 78 € pro Sekunde rückwärts. Wir hatten aber auch schon schlechtere Zeiten. Im Jahr 2011 betrug der Zuwachs noch astronomische 4.439,00 € jede Sekunde. Dies hatte eine Neuverschuldung pro Jahr in Höhe von 140 Mrd. € zur Folge. In Euro-Münzen aneinandergereiht könnte man dieses „Band“ rund 81mal um den Äquator wickeln. In Emden (mit 6,6 Mio. € für das Budget oder mit dem geplanten Ergebnishaushalt 2018) reicht es gerade mal bis in die Stadt Bremen (152 km). Bei den meisten Kommunen klappt dies leider nicht. Dort sind die Ausgaben höher als die Einnahmen. Die Stadt Emden hat im Ergebnishaushalt für 2018 im Ansatz nur noch

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

6,6 Mio. € Defizit gegenüber 2017 prognostiziert (in Höhe von 9,12 Mio. €). Um dieses Defizit kann die Stadt die Einnahmenseite verbessern, z.B. durch Steuereinnahmen, oder die Ausgaben verringern. Eine Erhöhung der Steuereinnahmen wird von der GfE abgelehnt, wenn diese im Bereich der Gewerbesteuerhebesätze oder im Bereich der Grundsteuerhebesätze einhergeht. Wir haben z. B. hier in Emden mit 420 % fast den höchsten Gewerbesteuerhebesatz Niedersachsens. Selbst der Gewerbesteuerhebesatz der Stadt Wolfsburg ist niedriger. Der Durchschnitt beträgt in Niedersachsen 371% und im Bund sogar nur 316 %.

Der Grundsteuerhebesatz B beträgt sogar 480%. Man kann damit besser auf der Insel Sylt als in der Stadt Emden ein Haus erwerben. In Niedersachsen haben wir einen Durchschnitt von 379 %. Gerade die Erhöhung der Grundsteuer würde nicht die gewünschten Effekte bringen. Man „schielt“ auf das Geld, aber auf der Gegenseite zeigt sich natürlich auch, dass evtl. Firmen sich für einen anderen Standort als die Stadt Emden entscheiden. Wir brauchen kapitalstarke EinwohnerInnen in Emden, die Geld nach Emden bringen und es hier auch ausgeben. Und die hier gerne wohnen und die Stadt Emden nach vorne bringen. All“ das würde in Frage gestellt werden.

Beide Mittel zur Erhöhung der Einnahmen wird die GfE prophylaktisch nicht unterstützen. Diese Einnahmenverbesserung wäre ein billiger „Taschenspielertrick“, der die Stadt auf Dauer teuer zu stehen kommt, nämlich durch Ausbleiben von neuen Gewerbeansiedlungen und das Ausbleiben von Neubürgern, die in der Wahlheimat Emden sicher gerne wohnen würden. Eine Stadt wie Emden kann auf Dauer finanziell autark nur mit Wachstum und somit der „Zuwanderung“ von Kapital bleiben. Ansonsten bleiben wir immer am „Tropf“ der unkalkulierbaren Landespolitik, die sich immer wieder mit neuen Gesetzen und Verordnungen übertrifft und sich dabei selber im Wege steht. Gestern noch rotgrüne Zahlen, heute rotschwarze, morgen rosarote oder tiefrote Zahlen?

Überwiegend ist das Defizit der Stadt Emden durch Pflichtaufgaben verursacht. Das haben wir alle festgestellt, leidlich auch in der Haushaltsstrukturkommission. Mir graut es immer bei diesen Zahlen, aber es sind Pflichtaufgaben. Wir können leider nichts daranmachen. Aber, je nachdem, von welcher Seite man es sieht: Der eine sagt, das Krankenhaus ist schuld an dem Defizit, die anderen sagen, die sehr hohen Personalkosten der Stadtverwaltung (mit rd. 48 Mio. €), andere wiederum haben die Ausgaben im Sozialbereich als „Schuldigen“ identifiziert. Alleine die Kosten zur Hilfe bei der Erziehung betragen in 2017 rund 8.000.000 €. Geld, was jeder Bürger und jede Bürgerin am Ende durch Steueraufkommen aufbringen muss.

Wir sind der Meinung, dass solche Leistungen vom Bund oder dem Land endlich und vollumfänglich zur Entlastung der Kommunen abgedeckt werden müssen, da es sich die Stadt ja nicht aussuchen kann, ob sie Hilfe gewährt oder versagt. Wann reagiert der Bund endlich auf die Probleme in den durch Pflichtaufgaben sehr unterschiedlich stark belasteten Kommunen? Ein Aufschrei des Deutschen Städtetages (wir waren im letzten Jahr in Nürnberg) blieb bisher ungehört in Berlin. Es geht alles weiter „wie verrückt“. Einige Kommunen leider unter den Pflichtaufgaben.

Die Ratsfraktionen des Emden Rates haben sich für das Jahr 2018 der Aufgabe gestellt und gemeinsam an diesem Haushalt gefeilt und „gedengelt“. Wir haben die eine oder andere Sitzung gehabt. Wir wollen heute auch nicht groß darüber philosophieren, wer was erreicht hat. Ich stelle nur fest, dass es dem Rat in Emden dieses Jahr gelungen ist, ein vernünftiges Budget aufzustellen. Wir müssen wenig entbehren und wir haben auch eine sehr hohe Investitionsquote. Da stimme ich unserem Kämmerer zu.

Wir haben gemeinschaftlich mehr Geld für den Straßenbau und die Spielplätze vorgesehen. Auch in die Schulen ist in der Vergangenheit viel investiert worden. Wir werden dieses Jahr auch noch einmal viel investieren und sind somit dort auf einem guten Weg.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Die Kehrseite ist allerdings, dass wir unseren „Speck“ der Vorjahre fast vollständig verbraucht haben. Die Zukunft ist mit immer neuen Schlagzeilen des Hauptgewerbsteuerzahlers VW oder durch die Geldregulierungsmechanismen der EZB nicht mehr planbar bzw. vorhersehbar. Zukünftige Aufgaben, wie z.B. die Integration oder zunehmende Jugendhilfen stellen uns vor weitere finanzielle Herausforderungen. Aus diesem Grund kann man eigentlich fast sicher davon ausgehen, dass sich im nächsten Jahr der Emdener Kämmerer mit einem Haushalts sicherungskonzept auf den Weg nach Hannover machen wird, es sei denn, ein Wunder geschieht. Und Wunder geschehen ja bekanntlich immer wieder, wenn man Katja Ebstein Glauben schenken mag. Wenn dieses Wunder nicht geschieht, sehe ich im nächsten Jahr die Haushaltskonsolidierung kommen. Zum Glück haben wir bis dahin viele Investitionen getätigt.

Hier ein schönes Zitat von dem australischen Wirtschafts- und Finanzanalysten Paul Clitheroe, dazu:

„Es gibt viele Wege, um voran zu kommen. Der erste ist so banal, dass es mir fast peinlich ist, es auszusprechen: Gebe weniger aus als du einnimmst.“

Die Wählergemeinschaft wird dem o. g. Budget zustimmen. Ich glaube, wir sind da auf einem guten Weg. Mein Pessimismus ist vielleicht manchmal nicht so ganz angebracht. Ich würde mich freuen, wenn es anders herum wäre im nächsten Jahr und wir vielleicht doch nicht unter eine Aufsicht gestellt werden. In dem Sinne möchte ich mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

Herr Verlee bedankt sich bei Herrn Eichhorn für die Rede und bittet Herrn Bongartz um Vortrag. **Herr Bongartz** trägt vor:

Zitat:

„Ich kann Ihnen versprechen, dass ich mich sehr kurz fassen werde, allein, weil das Meiste von dem, was wir hier heute gehört haben, schon recht umfangreich in den Medien erläutert worden ist. Wir haben mehrere Finanzausschusssitzungen gehabt, in denen dies alles geklärt worden ist. Recht viel Neues haben wir hierzu heute nicht gehört. Und wir sind ja hier in der Haushaltsdebatte über das Budget 2018 und nicht in einer Generaldebatte, über das, was wir alles in dieser Stadt möchten und nicht möchten. Dies ist ein Entwurf des Haushaltes der Kämmerei, wofür wir uns ausdrücklich bei Herrn Jahnke und seinen MitarbeiterInnen bedanken möchten. Natürlich hat der Kämmerer in diesem Haushalt die Dinge – soweit dies möglich war - aufgenommen, die im Laufe des Haushaltsjahres als Wunsch der Fraktionen ausgemacht werden konnten.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen, dass in unseren Besprechungen seitens der Fraktionsvorsitzenden keine Wünsche in den Haushalt eingebracht worden sind. Wir haben ihn so belassen – mit Ausnahme der Straßen. Dort sind 150.000 € hinzukommen. Was gesagt wurde, wurde in den Summen verschoben, aber sie wurden nicht in den Zahlen relevant. Ich möchte daher im Prinzip nur auf das Allgemeine des Haushaltes eingehen und das sagen, was mich bewegt:

Ich glaube, wir haben in diesem Haushaltsjahr wahrgenommen, dass die Sache wirklich ernst wird. Zum einen mussten wir erleben, dass uns in der letzten Haushaltsgenehmigung das Prädikat der dauerhaften Leistungsfähigkeit entzogen worden ist. Das ist sehr bedauerlich, denn das ist nicht nur ein Wort, das man leicht dahinsagt, sondern damit verbunden sind auch ganz gewisse Annehmlichkeiten der Finanzierung im Konzernverbund. D. h. also: das Ministerium geht nicht mehr davon aus, dass wir als zweitstärkste Steuerstadt Niedersachsens dauerhaft leistungsfähig sind.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Das Zweite war, dass wir in unserem Begehren, in Borssum eine vernünftige Lösung zu finden, einen Nachtragshaushalt aufgestellt haben, der als abgelehnt zurückgekommen ist. Ich habe, solange ich im Rat bin, dies noch nicht erlebt. Es ging nicht um Belange aus dem Ergebnishaushalt, sondern um eine Investition, die wir tätigen wollten. Das hat das Ministerium uns wegen der Haushaltslage nicht mehr genehmigt. Und wenn wir so weitermachen, werden wir demnächst den dritten Treffer bekommen: Dann wird nämlich das Land uns sagen, dass wir nicht mehr in der Lage sind, unsere Finanzen vernünftig „in den Griff zu bekommen“. Darum müsst ihr jetzt ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen. Damit geben wir weitestgehend die Hoheit, unsere Finanzen selbst zu gestalten „aus der Hand“. Das ist nicht erstrebenswert.

Ich möchte mich bei Herrn Eichhorn bedanken, der gesagt hat, dass wir keinen ausgeglichenen Haushalt haben. Wir haben eine Riesendeckungslücke, die wir mit dem Geld decken, welches der Rat seinerzeit als Nachtrag von einem großen Steuerzahlen bekommen hat und mit dem wir alle sehr verantwortungsbewusst umgegangen sind. Wir haben dieses Geld komplett in eine Rücklage gegeben, damit wir über „diese mageren Jahre“ hinwegkommen konnten. Wir wussten ja gar nicht, dass es so tragisch wird.

Wir erwirtschaften unsere Investitionen nicht mehr aus dem Ergebnishaushalt, sondern wir nehmen diese durch Kreditaufnahmen vor. Dies ist so im Prinzip gar nicht vorgesehen und dauerhaft kann das nur so enden, wie es jetzt aussieht: Jahr für Jahr, obwohl unsere Einnahmesituation eigentlich relativ gut ist, verschlechtert sich die Schuldensituation der Stadt Emden. Und dann kann man immer noch andere Kommunen hinzuziehen und sagen, da ist es ja noch viel schlimmer. Dies beruhigt mich nicht, denn andere Kommunen hatten diese Einnahmen nicht, wie wir sie hatten. Das ist das Problem, mit dem wir fertigwerden müssen. Wir haben nichts konsolidiert. Wir haben unser Bedauern zum Ausdruck gebracht, dass wir leider nichts tun können. Das eine sind Pflichtaufgaben und das andere wollen wir nicht kürzen, weil „das soziale Gesicht der Stadt Emden“ darunter leidet. Wenn wir unter diesen Prämissen weiter Haushaltskonsolidierung durchführen, kriegen wir das nicht „in den Griff“.

Aber im Umgang miteinander sind wir doch zu der Einsicht gekommen, dass wir den Haushalt nicht erweitern. Dass wir doch so diszipliniert gewesen sind und die vielen Wünsche, die jeder hat, nicht eingebracht haben, ist schon gut.

Ich kann uns nur allen wünschen, dass wir uns bei den nächsten Haushaltsgesprächen dieser Dinge erinnern und das entsprechend anfassen, denn ab dem nächsten Jahr wird das „ein hartes Brot“ werden. Im Jahr 2019 haben wir keine Rücklagen und dann beschäftigen wir uns damit, wie wir denn den Haushalt, der dann vielleicht im Bereich von 6, 7, 8 oder 9 Mio. € im Defizit liegt, über das Kreditwesen decken. Machen wir uns nichts vor: Wir streichen doch aus unserem Haushalt nicht so eben mal 2 Mio. € heraus, wenn wir vorher nichts geschafft haben. Also wird das Ganze über das Kreditwesen laufen. Das ist noch schlechter, weil wir dann für das Geld auch noch Zinsen bezahlen müssen.

Ich hörte gerade eben, dass wir stolz darauf sind, die freiwilligen Leistungen nicht gekürzt zu haben, aber gleichzeitig beklagt man sich darüber, dass nichts in der Haushaltskonsolidierung geschafft wurde. Genau darum geht es ja: Haushaltskonsolidierung kann nur stattfinden, wenn wir auch auf Dinge verzichten, die wir freiwillig leisten. Das werden wir in Zukunft alles nicht mehr leisten können. Und dann habe ich noch eine Bitte:

Maria, wir haben nie gesagt, dass wir die Neutorstraße sperren oder davon eine Einbahnstraße machen wollen, sondern wir haben lediglich gefragt, ob es nicht an der Zeit ist, mal darüber nachzudenken, ob es auch andere, mögliche Verkehrskonzepte geben kann. Es muss möglich sein, etwas zu untersuchen, was seit 10,15 oder 20 Jahren Bestand hat, denn das Verkehrskonzept zu untersuchen, war im ersten Zuge die Aufgabe des Investors bei der Kaufhalle. Jetzt

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

beim zweiten Investor steht diese Bedingung nicht mehr im Vertrag. Darum müssen wir das übernehmen – nicht nur im Interesse des Investors, sondern im Interesse der Allgemeinheit.“

Herr Verlee bedankt sich für den Vortrag und erteilt Herrn Bolinius das Wort. **Herr Bolinius** trägt vor:

Zitat:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Gäste!

Vorweg: *Wir haben uns unter anderem auch in diesem Jahr auf einer Klausurtagung eingehend mit dem Haushalt der nächsten Jahre beschäftigt. Für die Unterstützung auf dieser Tagung möchte ich mich insbesondere beim Kämmerer Horst Jahnke und beim Finanzfachdienstleiter Stefan Jakobs herzlich bedanken.*

Herr Jahnke hat vorhin bereits auf die wichtigsten Positionen des Haushaltes hingewiesen. Die Fraktionen haben – bis auf diese Straßensanierungen – keine neuen Forderungen gestellt. Wir sind zu der Übereinkunft gekommen, dass wir den Betrag für Straßensanierungen auf 500.000 € aufstocken. Außerdem soll eine Umschichtung von Mitteln für die Fertigstellung der Außenanlagen des Max-Gymnasiums (für die Sanierung der Schulen Wybelsum und Westerbürg) erfolgen. Mit diesen 500.000 € können wir natürlich nicht alle maroden Straßen, eine lange Liste vom BEE liegt den Fraktionen vor, in Emden sanieren.

Ich finde es nicht in Ordnung, dass die SPD bereits jetzt einzelne Straßen benennt, die saniert werden sollen. Damit werden Erwartungen geweckt, die vielleicht nicht erfüllt werden können. Auch die FDP hat zahlreiche Schreiben vom Behindertenbeirat, von Kirchengemeinden und BürgerInnen bekommen, die fordern, bestimmte Straßen zu sanieren. Welche Straßen mit diesen 500.000 € saniert werden sollen, darüber werden die Fraktionsvorsitzenden, wie in den Vorjahren, in einer gemeinsamen Sitzung am 26.02.18 mit dem BEE und der Verwaltung beraten. Deshalb sollte sich auch die SPD mit öffentlichen Äußerungen zurückhalten.

Nun ein paar Worte zum Gesamthaushalt. Die Gesamterträge im Haushalt 2018 belaufen sich auf rund 162 Mio. €, der Gesamtaufwand auf rund 169,5 Mio. €, das ergibt unter Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses ein Defizit von rund 6,6 Mio. €. Die Überschussrücklage betrug zum 31.12.2016 rund 17,4 Mio. €. Das Defizit für 2019 beläuft sich auf 9,9 Mio. €, 2020 7,9 Mio. € und im Jahr 2021 auf 9,3 Mio. €. Wenn man die Ergebnisprognose für 2017 mit einbezieht, ist damit ein Ausgleich ab dem Jahr 2019 nicht mehr möglich. Es fehlen allein 2019 rd. 8,2 Mio. € zum Ausgleich! Bis zum Jahr 2021 wird das aufgelaufene Defizit nach aktueller Planung dann rd. 25,4 Mio. € betragen und das bei unterstellter Steigerung der Gewerbesteuererträge. Wenn wir das Defizit nicht drastisch reduzieren können, müssen wir damit rechnen, dass uns vom Land ein Haushaltssicherungskonzept auferlegt wird. In dem müssen wir dann darlegen, wie die Defizite abgebaut werden sollen. Das wird sehr schmerzhaft sein. Eine solche Anweisung habe ich in meiner langen Ratstätigkeit noch nicht in dieser Auswirkung erlebt und mag mir sie gar nicht vorstellen. Wir müssen dieses Haushaltsicherungskonzept vermeiden. Wie das jedoch gehen soll, weiß ich jetzt auch noch nicht.

Deshalb gehe ich gleich zu Anfang auf die fast nur freiwilligen Leistungen im Kulturbereich ein, da hierauf der „Sparkommissar“ der Landesregierung sicherlich ein Hauptaugenmerk legen wird. Für die „Kultur“ geben wir in unserer Stadt rund 7,5 Mio. € - das sind rd. 150 € pro Emdener EinwohnerIn - jährlich aus.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Die Bezuschussung der großen Kultureinrichtungen beträgt rund 2,2 Mio. €, und zwar für die Kunsthalle 550.000 €, Musikschule 480.000 €, Theatric 20.000 €, VHS 828.000 €, Filmfest 40.000 € und Bücherei 291.000 €.

Das Ostfriesische Landesmuseum kostet uns, incl. Archiv, rund 2,8 Mio. € im Jahr! Für Kulturevents/Nordseehalle und Neues Theater geben wir jährlich rund 2,1 Mio. € aus. Und dann haben wir ja auch noch den Kulturbunker und die Alte Post, die insgesamt rund 400.000 € verschlingen. Sollte es soweit kommen, dass uns aufgelegt wird, bei den freiwilligen Leistungen in diesem Bereich Kürzungen vorzunehmen, wird es sicherlich spannende Diskussionen im Rat und in der Öffentlichkeit geben.

Wir sind froh, dass die VHS wieder in ruhiges Fahrwasser gelandet ist. Hier der Dank an den neuen Vorstand. Die Bücherei hat sehr große Wünsche (sie möchte je Jahr 131.000 € mehr für ein neues Konzept), die wir zurzeit leider nicht erfüllen können. Am 28.02.2014, also vor vier Jahren, haben wir in Bad Zwischenahn von der Stadt einen zweitägigen Workshop über den Kulturentwicklungsplan durchgeführt. Dieser Plan soll jetzt in der Endbearbeitung sein, wir mir der Kämmerer heute versicherte.

Nun zu den Steuern: Betrug die Gewerbesteuer im Jahr 2016 noch rund 55 Mio. €, so wurden im Haushalt 2017 aufgrund des Abgasskandals nur noch 38 Mio. € angesetzt. Auf Grund einer unterstellten positiven Entwicklung des Hauptsteuerzahlers beträgt im Jahr 2018 der Ansatz 41 Mio. €. In den nächsten Jahren beträgt der Ansatz dann 43 Mio. €, 49 Mio. € und 50 Mio. € im Jahr 2021. Wir können nur hoffen, dass diese positiv angesetzten Werte tatsächlich erreicht werden, das ist aber aufgrund der ständigen Hiobsbotschaften bezüglich des Abgasskandals sehr fraglich.

Es ist nicht vorgesehen die Gewerbe-, Grund- und Vergnügungssteuer zu erhöhen. Das ist gut so. Im letzten Jahr gab es ja eine Diskussion um die Erhöhung der Vergnügungssteuer. Die Ergebnisse sind überraschend. Im Jahr 2017 wurden 1,93 Mio. € an Vergnügungssteuer eingenommen. Obwohl die Anzahl der Spielgeräte von 339 auf 272 (=20 %) zurückging, und die Vergnügungssteuer von 17 auf 20 % angehoben wurden, blieben die Einnahmen mit 9,5 Mio. € konstant! Nach dem Vorsichtsprinzip wurden in den nächsten Jahren je 1,5 Mio. € Einnahmen, anstatt 1,9 Mio. €, aus der Vergnügungssteuer im Haushalt angesetzt.

Wir hoffen, dass die angekündigte Erschließung des gemeinsamen Gewerbegebietes „Westerhusen“, welches zu 99 % auf dem Gebiet der Gemeinde Hinte liegt, und von den Gemeinden Krummhörn und Hinte sowie der Stadt Emden betrieben werden soll, zu einem guten Abschluss kommt. Es wurden, auch mit den Fraktionen, verschiedene Gespräche geführt. Mir ist bisher allerdings nicht ganz klargeworden, wie die Verteilung der Gewerbesteuereinnahmen geschehen soll. Am 15.3.2018 werden wir in einer Ratssitzung uns auch damit beschäftigen.

In diesem Zusammenhang wünschen wir uns eine starke Wirtschaftsförderung seitens der Zukunft Emden GmbH und seitens der Stadt Emden bezüglich einer offensiven Ansiedlungspolitik, auch wenn die nicht immer zum Erfolg führt. Aber auch die Pflege der in Emden ansässigen Firmen ist ebenso wichtig. Neben VW sind auch die mittelständischen Unternehmen für die Stadt als Gewerbesteuerzahler von großer Bedeutung. Es ist für mich als ehemaliger Nordseewerker nicht nachvollziehbar, dass der Thyssen Konzern das Unternehmen TKMS in Emden schließen will. Der Emdener Standort ist von besonderer Bedeutung für unsere Stadt und für ganz Ostfriesland. Die europäische Marineschiffbauindustrie stellt sich zurzeit neu auf. In Emden ist das Wissen vorhanden, mit dem sich TKMS den zukünftigen Herausforderungen stellen kann.

Die Rahmenbedingungen für eine starke Wirtschaft, insbesondere für die Hafenwirtschaft, müssen verbessert werden. Die im letzten Jahr vorgestellte flexible Tidesteuerung durch das Emsperrwerk darf auf keinen Fall zu Lasten des Emdener Hafens, durch mehr Schlickanlandung,

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

gehen. Hier müssen wir in Emden wachsam sein. Auch der Emdener Binnenhafen ist verschlickt. Das Unternehmen EWD – Emdener Werft und Dockbetrieb – hat Schwierigkeiten, Schiffe mit größerem Tiefgang zu reparieren. Fallen Aufträge weg, fällt auch die Gewerbesteuererinnahme für die Stadt weg!

Die Vertiefung der Außenems, die von den Grünen in der niedersächsischen Landesregierung immer wieder verhindert wurde, ist ein Muss. Es ist zu hoffen, dass die Große Koalition in Hannover bald positive Ergebnisse vorlegt. Es ist auch äußerst bedauerlich, dass sich bezüglich einer Entwicklung des Rysumer Nackens nichts tut. Der Aufsichtsrat der vor rd. drei Jahren von der Stadt gegründeten Realisierungsgesellschaft hat bisher nicht ein einziges Mal getagt. Das spricht meines Erachtens Bände.

Eine zweite Eisenbahnbrücke ist notwendig, darauf haben nicht nur wir mehrfach in den vergangenen Jahren hingewiesen. Hier muss auch die Verwaltung der Stadt immer wieder Druck machen.

Der Verlust des Emder Klinikums wird im Haushalt 2018 mit 3 Mio. € angesetzt. Das sind rund 60 € pro Einwohner, Vergleich: für die Feuerwehr geben wir pro Einwohner ca. genau so viel aus. Das Defizit soll in den nächsten Jahren sinken. Die Geschäftsführung des Klinikums hat zugesichert, im Jahr 2019 den Verlust um 233.000 €, im Jahr 2020 um 572.000 € und im Jahr 2021 um 872.000 €, bis auf 2,1 Mio. € zu verringern. In früheren Jahren wurden jedes Jahr auch Einsparungen von dem ehemaligen Geschäftsführer angekündigt. Ich kann mich nicht erinnern, dass auch nur einmal diese Planungen eingehalten wurden. Allerdings habe ich zu der jetzigen Geschäftsführung großes Vertrauen, dass die Ziele erreicht werden.

Da es zum neuen Großklinikum in Georgsheil leider nicht gekommen ist, werden schmerzhaft Eingriffe auch in den Bestand des Emdener Klinikums nötig werden. Wie die aussehen, ist heute – die Verhandlungen über eine Zusammenarbeit mit den Politikern mit dem LK Aurich sehen nicht gerade erfolgreich aus – noch nicht klar. Am 5. April 2018 haben wir hierüber erneut eine Sondersitzung des Rates.

Das Investitionsvolumen im Haushalt beträgt rund 10.6 Mio. €, davon für die kommunale Infrastruktur 3,3 Mio. €, für die Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung 3,6 Mio. €. Im Haushalt des Gebäudemanagements ist in etwa gleicher Höhe ein Betrag ausgewiesen, so dass insgesamt rund 20 Mio. € investiert werden. Im Einzelnen will ich – im Gegensatz zu der SPD-Fraktionsvorsitzenden, die aus dem dicken Budgetbuch –zig Positionen vorgelesen hat - nicht darauf eingehen, die meisten Vorhaben sind bekannt.

Wir hoffen sehr, dass es mit der Entwicklung des Kaufhallengeländes, mit der Erschließung des Ültje-Geländes, den Bebauungsplänen Conrebbersweg, Petkum und Uphusen bald vorangeht.

Für das ehemalige Apollo-Theater werden 1,1 Mio.€ bereitgestellt. Damit sind wir ganz und gar nicht einverstanden. Wir haben bekanntlich die Übernahme des Apollos durch die Stadt abgelehnt, weil wir uns das in dieser finanziellen Situation nicht leisten können. Es ist nicht sicher, ob dieser hohe Betrag überhaupt ausreicht, denn ein Gutachten zum Brandschutz liegt noch nicht vor. Aus Erfahrung wissen wir, dass gerade der Brandschutz in alten Gebäuden sehr viel Geld kostet.

Trotzdem werden wir dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2018 und auch dem Haushaltsplan mit dem Investitionsprogramm des Gebäudemanagements für 2018, der unter dem nächsten Tagesordnungspunkt behandelt wird, zustimmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Verlee bedankt sich für den Vortrag und erteilt Frau Marsal das Wort. **Frau Marsal** erklärt, sie könne leider aus persönlichen Gründen die Haushaltsrede heute nicht vortragen. Sie habe

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

daher ihren Fraktionskollegen, Herrn Claaßen gebeten, diese Aufgabe zu übernehmen. **Herr Claaßen** trägt vor:

Zitat:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vor meiner Rede möchte ich Ihnen mitteilen, dass unsere Fraktion dem Haushalt 2018 zustimmt!

Wir haben in den letzten 1 ½ Stunden viele Zahlen und Fakten gehört. Daher beschränke ich mich auf eine einzige Zahl, einen Betrag, der im Gegensatz zu unserem Haushaltsvolumen eher belanglos ist, aber in seinem Ausmaß an Kreativität, und der Hoffnung, sich nicht unterkriegen zu lassen, sehr bemerkenswert ist.

50 €!!! Es waren genau unscheinbare 50 € , die wir im Rat freigegeben haben, um zu ermöglichen, dass unser Oberbürgermeister, Herr Bornemann, das Stimmrecht von weiteren zigtausenden Aktien der Anleger für die Hauptversammlung bei Thyssen Krupp im Januar dieses Jahres bekam, um dort auf die Verlagerung und somit auf die Vernichtung sämtlicher Arbeitsplätze am Emden Standort aufmerksam zu machen und um zu versuchen, genau dies zu verhindern! Ein Betrag, in den viele Bürgerinnen und Bürger, besonders die Beschäftigten des Thyssen-Krupp-Standortes Emden, große Hoffnungen setzen und wo durch die Bereitstellung von 50,-€ Großes bewirkt werden konnte!!! Die Aussicht, dass nun weiterführende Gespräche in verschiedenen Gremien geführt werden, lässt uns alle hoffen.

Warum erzähle ich dies so ausführlich? Warum ist mir der Betrag von 50,-€ so wichtig? Weil ich stolz bin auf die Kreativität, strategisches Denken und den schon fast genialen Streich, mit kleinen Beträgen eine so große Wirkung erzielen zu können. Kreativität, strategisches Denken und geniale Streiche zum Wohle unserer Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern würde ich mir nicht nur im Wirtschaftsbereich wünschen. Ich möchte an dieser Stelle gerne unseren Stadtkämmerer Horst Jahnke zitieren:

„Die Stadt hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem!“

Wir alle wissen, dass wir einen sehr hohen Anteil an Pflichtaufgaben und leider fast keinen „Spielraum“ in den freiwilligen Leistungen aufgrund unserer derzeitigen Haushaltslage haben. Daher müssen wir „die Stellschrauben“ in den freiwilligen Leistungen neu justieren. Hierbei geht es nicht um Kürzungen oder wahlloses Streichen von Projekten und Zuschüssen. Im Gegenteil, wir müssen strategisch, zukunftsorientiert und ressourcenschonend „die Weichen“ in Emden für die nächsten Jahre stellen. Schon 2019 werden die Rücklagen aufgebraucht sein, und wir könnten aus diesem Grund unter die Aufsicht des Landes Niedersachsen gestellt werden, und dann ist ein eigenständiges Handeln kaum noch möglich!

Zu diesem strategisch innovativen klugen Handeln gehörte auch die Idee, gemeinsam mit dem Landkreis Aurich ein Zentralklinikum in Georgsheil zu errichten. Dort hätten wir ein zukunftsorientiertes Medizinkonzept und als Zusatzbonus die Erwirtschaftung schwarzer Zahlen im Krankenhausbereich erzielen können. Wie wir alle wissen:

Viele Emderrinnen und Emden und die mit diesem Thema neu in den Rat gezogene Wählergemeinschaft GfE konnten mit dieser Idee nichts anfangen und haben sich im vergangenen Jahr leider gegen das Zentralklinikum ausgesprochen. Ein „rabenschwarzer Tag“ für Emden und Ostfriesland. Und dennoch: Auch wenn der vorangegangene Rat mit dieser Planung nicht durchdringen konnte, bleibt es eine gute und zukunftsweisende Idee. Stattdessen verbrennen wir jedes Jahr Millionen, um ein Defizit aufgrund eines überholten Medizinkonzeptes auszugleichen. Und woher das Geld für die dringend notwendigen hohen Investitionen in dem jetzigen

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Standort kommen soll, ist mehr als ungewiss und steht „in den Sternen“ der Landesregierung. Dieses Verbrennen von Steuergeldern in Millionenhöhe hat zur Folge, dass wir als Stadt und Rat immer mehr „in ein Sparkorsett geschnürt werden“ und „die Luft für eine Weiterentwicklung unserer Stadt dünner wird“. In diesem wichtigen Bereich der medizinischen Grundversorgung für die Bevölkerung „stochern wir weiterhin im Nebel des Kirchturmdenkens und der Kleinstaaterei“! Deshalb ist die Hoffnung unserer Fraktion weiterhin die Errichtung eines gemeinsamen Zentralklinikums mit Aurich und Norden. Immerhin haben wir einen Ansatz in den Haushalt gestellt, der uns ermöglicht, Ärztinnen und Ärzte in der Ausbildung finanziell zu unterstützen, in der großen Hoffnung, dass sie sich dann in unserer Stadt wohlfühlen, sich ansiedeln und den drohenden Ärztemangel helfen, abzumildern.

Für die Ansiedlung erwächst aber das nächste Problem. Die fehlenden Wohnungen in unserer Stadt. Bis 2020 fehlen bis zu 1000 Wohnungen in allen Preissegmenten. Nicht nur für medizinisches Personal und Lehrkräfte, die auch dringend in unserer Region benötigt werden, sondern vor allem auch im Niedrigpreissegment für Arbeitslose, Geringverdienende und Empfänger von Transferleistungen. Bei der Wohnungssuche sind besonders alleinerziehende Frauen sowie diejenigen, die einen Schufa-Eintrag vorweisen, auf Unterstützung angewiesen. Daher war es richtig und wichtig von unserer Fraktion, einen Anteil an bezahlbarem Wohnraum bei Neubau-Projekten zu fordern. Dies wurde auch vom Rat mehrheitlich mitgetragen.

Ein Umbruch ist in Barenburg zu sehen, aber auch am neu zu entwickelndem Ültje-Gelände. Hier darf und sollte nicht die Chance verpasst werden, eine lebendige und lebenswerte Umgebung mit unterschiedlichen Wohn- und Freizeitmöglichkeiten, aber auch in allen Preisklassen errichteten Wohnungen vorzuhalten. Ein toller Beitrag zur Bürgerbeteiligung hat in einem gut strukturierten interessanten Workshop stattgefunden und ist ein erster Schritt in diese zukunftsweisende Richtung. Das ist kreativ und innovativ!

Das Gegenteil dazu sind der Umgang und die jahrelangen Diskussionen von Teilen des Rates mit der Umgestaltung des Neuen Marktes. Die Entwicklung der Innenstadt zu einem lebendigen Treffpunkt verschiedener Generationen und Kulturen wird durch diese Debatte zu einem leidigen Thema. Der ausgewählte Entwurf sieht Aktivitäten und Feste, Ruhepunkte und ein besonderes Flair durch Wasserspiel, Lichtinstallationen und Begrünung vor. Außerdem gibt es Behindertenparkplätze, eine begrenzte Anzahl an Parkplätzen, einen Taxistand und eine Bushaltestelle. Was wollen wir mehr!!!

Wenn es nach der CDU und GFE gehen würde, werden dieser kreative Flair und die verbesserte Lebensqualität in der Innenstadt dadurch erzeugt, dass dieser attraktiv gelegene Platz mit Autos und Parkplätzen zugepflastert wird, Sommer wie Winter!! Das ist für diese Fraktionen eine effektive Nutzung von städtischer Fläche!! Autos und Parkplätze, nicht feiern, ausruhen, spielen, in der Sonne sitzen und klönen für die Emden und die Touristen.

Der Stadtbaurat hat einen für alle Beteiligten richtungsweisenden und praktikablen Vorschlag gemacht: Im Sommer Freifläche mit der o. beschrieben Nutzung, im Winter Parkplätze. Und selbstverständlich ganzjährig die Nutzung als Marktplatz. Aber auch dies fand keinen Anklang bei der CDU und der GFE. Unsere Fraktion hofft sehr zum Wohle der Verbesserung und Aufwertung der Innenstadt (Übrigens: eines der Top-Ziele der Stadt) für eine lebens- und lebenswerte Stadt, dass heute das Konzept und die Planung neuer Markt beschlossen wird und wir nicht die zur Umsetzung notwendigen Fördergelder durch weitere Verzögerungen verlieren werden. Sollte der Rat diesem Konzept heute nicht zustimmen, wäre dies auf keinem Fall eine zukunftsorientierte bürgerfreundliche Entwicklung unserer Stadt. Diese Chance darf nicht verpasst werden, Ratsfrauen und Ratsherren!!

Ebenso stehen wir als grüne Fraktion weiterhin hinter dem Konzept des Apollo als Kulturstätte. Bei den notwendigen Investitionen zur Umsetzung sollten wir im Hinterkopf haben, dass damit

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

auch Fördergelder in unserer Stadt geholt werden und wir für jüngere Emderrinnen und Emderr attraktiv werden und bleiben. Wir müssen es schaffen, dass z. B. die Studierenden der Hochschule auch nach dem Studium in unserer Stadt wohnen möchten und ihre Zukunft hier sehen!!

Eine weitere zukunftsorientierte Maßnahme ist das Projekt „smart city“ (z. B. WLAN in der Innenstadt), das wir Grünen voll und ganz unterstützen! Freies WLAN ermöglicht nicht nur Touristen und EmderrInnen die Möglichkeit, kostenlos ins Netz zu gehen, sondern ist auch ein wichtiger Beitrag zur Integration geflüchteter Menschen, die bei uns leben, mit ihren Angehörigen in aller Welt im Kontakt zu bleiben!

Jugend und Sport: die von unserer Fraktion mitbeantragte Errichtung einer Skaterbahn dauert in der Planung und Umsetzung einfach zu lange! Das ist keine gelebte Demokratie, wenn Jugendliche und Heranwachsende Konzepte vorlegen, in den Ausschuss kommen, es dort vorstellen und es tut sich - nichts!! Das muss jetzt endlich realisiert werden, das Geld ist im Haushalt vorgesehen!

Große Sorgen bereitet uns vor allem der Bereich der Jugendhilfe. Die Kosten steigen, die Pflichtaufgaben in der Erziehungshilfe haben ihren Preis. Jammern über die sich verschlechternden Zustände, mangelnde Erziehungsfähigkeit einiger Eltern, Unterbringung in stationäre Jugendeinrichtungen helfen uns nicht weiter. Erfolge sind schwer messbar und evtl. erst in der nächsten Generation sichtbar.

In der freiwilligen Arbeit im Bereich Jugend und Soziales gibt es unserer Meinung nach sinnvolle Projekte und Beratungsstellen. Wohlfahrtsverbände, die das „soziale Gesicht“ unserer Stadt prägen und die Hilfesuchenden unterstützen. Es gibt einen „vielfältigen Strauß“ an Angeboten, der auf der einen Seite kreativ, wohlwollend und beratend tätig ist, auf der anderen Seite aber oftmals nicht sehr transparent ist und ähnliche Beratungsangebote vorhält. Auch hier geht es nicht um Streichungen, sondern um eine durchdachte Bündelung. Weg von der Kleinteiligkeit, hin zu der Konzentration auf sinnvolle zukunftsweisende Schritte. Unserer Fraktion fordert deshalb eine Evaluierung der bestehenden Projekte mit der Chance, diesen Bereich besser steuern zu können.

Die Entwicklung im Kitabereich und die Gebühren müssen abgewartet werden. Die Umsetzung der neuen Gesetzeslage des Landes ist noch nicht absehbar.

Trotz angespannter Haushaltslage sind die geplanten Investitionen in die Schulen unverzichtbar. Ein weiteres Aufschieben ist hier nicht möglich, da der Investitionsstau ansonsten zukünftig eine nicht mehr leistbare Dimension annehmen würde. Hier muss es aber eine Gleichbehandlung zwischen allen Schulen und Schulformen in allen Stadtteilen geben.

Auch im Bereich der Schulverpflegung ist es durch große Investitionen gelungen, die strukturellen Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Versorgung der Schüler/-innen im Primär- und Sekundarbereich zu schaffen. Nun obliegt es den Steuergremien, zügig angemessene Entscheidungen bezüglich der Versorgungsmodelle zu treffen."

Ebenso wichtige grüne Themen, wie Radwegeausbau und der ÖPNV, werden von unserer Seite nicht bemängelt. Natürlich ist auch in diesem Bereich eine Erweiterung des Radwegenetzes immer sinnvoll, die Einsetzung von mehr umweltfreundlichen Bussen ebenso, aber bei unserer derzeitigen Haushaltslage leider nicht durchführbar.

Emden hat trotz Ausfalls des Hauptsteuerzahlers eine relativ gute Einnahmesituation. Wir hoffen auf eine Erholung bei VW, aber im Interesse des Allgemeinwohls muss sich auch VW kritisieren lassen: Affen- und Menschenversuche sind indiskutabel und moralisch zutiefst verabscheuungswürdig und mit nichts zu rechtfertigen!!!

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Bleiben wir bei der Einnahmeseite. Es ist unserer Fraktion ein Vergnügen, dass die Vergnügungssteuer Mehreinnahmen in den Haushalt gebracht hat, obwohl es massiven Widerstand einiger Parteien bei der Verabschiedung gegeben hat. Damals wurde uns prophezeit, dass durch das neue Landesgesetz und aufgrund dessen die Reduzierung der Automaten die Einnahmen nicht steigen werden. Da diese Prophezeiungen sich nicht erfüllt haben, erwägen wir zum nächsten Haushalt nochmals einen Antrag auf weitere Erhöhung der Vergnügungssteuer zu stellen. Damit findet eine Angleichung an weitere Städte statt. Dies ist ebenfalls ein zukunftsweisender Schritt zum Abbau des Defizites unserer Stadt.

Es lässt sich für die Fraktion feststellen, dass wir im Laufe des Haushaltsjahres grüne Politik angemessen einbringen konnten. Sähe die Haushaltslage besser aus, und wir würden eine Wunschliste schreiben, wäre eins der großen Ziele ein neues bedarfsgerechtes, barrierefreies Frauenhaus für Emden. Ebenso steht die zeitgemäße Ausstattung der Bibliothek auf unserer Wunschliste. Das Konzept wird im nächsten Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung vorgestellt. Dann muss überlegt werden, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Mit dieser Aussicht möchte ich meine Haushaltsrede beenden. Aber nicht ohne ein Zitat von Ralph Waldo Emerson, amerikanischer Geistlicher, Philosoph und Schriftsteller:

„Kann sich jemand daran erinnern, dass die Zeiten nicht schlecht und das Geld nicht knapp waren?“

Herr Emerson starb übrigens im Jahre 1882!! Ich danke Ihnen, dass Sie mir solange zugehört haben, wie ich Ihnen!

Herr Bornemann erklärt, der Rat hätte mit diesem Haushalt wichtige Schwerpunkte gesetzt. Der einzige Wunsch der Fraktionen sei es gewesen, den Ansatz für Straßensanierungen um 150.000 € zu erhöhen.

Anschließend nimmt er Stellung zu dem „Ausgabeproblem“ der Verwaltung. Dieses hätte auch schon vor dem Jahre 2015 bestanden. Seitdem sei immer wieder von der Verwaltung darauf hingewiesen worden, dass durch Veränderungen bei den Einnahmen große Probleme auf die Stadt Emden zukommen könnten. Die Verwaltung könne sich über die bisher zwölf ausgeglichenen Haushalte glücklich schätzen. Natürlich sei dies nur mit den Rücklagen und der Disziplin des Rates möglich gewesen. Hierfür möchte er sich bedanken. Dies hätten zahlreiche andere Städte Niedersachsens nicht geschafft. Falls die Stadt Emden vom Land Niedersachsen ein Haushaltssicherungskonzept erhalte, werde dies sehr schwer, denn dies sei etwas Anderes als die Haushaltsstrukturkommission, in der zum Schluss nicht mehr viel erreicht worden sei.

In den Jahren 2003/2004 hätte die Stadt Emden schon einmal ein Haushaltssicherungskonzept erhalten. Dies sei gegenüber dem, welches möglicherweise auf die Stadt Emden zukomme, noch „eine Kleinigkeit“ gewesen. Er bedankt sich bei dem Rat für sein außerordentlich verantwortungsvolles Handeln. Es sei eine wunderbare Sache, wenn in so einer Einigkeit Schwerpunkte gesetzt würden und dieser Haushalt gemeinsam verabschiedet werden könne.

Er erkundigt sich bei der CDU-Fraktion, ob über den TOP „Apollo“ gesondert abgestimmt werden solle oder ob es genüge, wenn die CDU-Fraktion ihre Ablehnung hierzu zu Protokoll gebe. **Herr Bongartz** erwidert, es müsse über diesen TOP nicht gesondert abgestimmt werden. Er werde auf das Thema „Apollo“ unter TOP 6, Vorlage 17/0505/1 „Haushaltsplan mit Investitionsprogramm des Gebäudemanagements für 2018“ näher eingehen.

Er weist Herrn Bornemann darauf hin, dass die Stadt Emden keinen ausgeglichenen Haushalt habe. Dieser habe ein Defizit von fast 7 Mio. €, welches glücklicherweise noch durch die Rücklagen gedeckt werden könne. In der Bevölkerung entstände durch solche Äußerungen ein falscher Eindruck.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die Haushaltssatzung und das Investitionsprogramm der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2018.

Der Rat der Stadt Emden beschließt darüber hinaus die Wirtschaftspläne 2018 der optimierten Regiebetriebe 836 Rettungsdienst und 841 Kulturevents.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Haushaltsplan mit Investitionsprogramm des Gebäudemanagements für 2018
Vorlage: 17/0505

Ergebnis: Diese Vorlage wurde ersetzt durch die Vorlage 17/0505/1.

TOP 6.1 Haushaltsplan mit Investitionsprogramm des Gebäudemanagements für 2018
Vorlage: 17/0505/1

Herr Bongartz zeigt sich erfreut, dass durch die Umschichtung der Gelder im Schulbereich die Westerburgschule und die Schule Wybelsum saniert werden könnten.

Herr Jahnke hätte mitgeteilt, dass eine Ersparnis bei der Erweiterung des JAG evtl. für die Fertigstellung der Außenanlagen des Max-Windmüller-Gymnasiums verwendet werden könne. Seine Fraktion hätte aber klar formuliert, dass mit einer Ersparnis bei der Erweiterung des JAG auf jeden Fall die Außenanlagen des Max-Windmüller-Gymnasiums fertiggestellt werden sollten. **Herr Jahnke** bemerkt, die ersten 100.000 € würden für die IGS eingesetzt. Der Rest der Ersparnis würde auf jeden Fall für die Fertigstellung der Außenanlagen des Max-Windmüller-Gymnasiums verwendet. Hierfür sei allerdings ein Beschluss des Betriebsausschusses Gebäudemanagement erforderlich.

Herr Bongartz fährt fort, die CDU-Fraktion werde dem o. g. Haushaltsplan – mit Ausnahme der Position „Apollo“ zustimmen. **Herr Bolinius** schließt sich dem – im Namen der FDP-Fraktion - an.

Herr Bongartz weist Frau Winter darauf hin, dass die Investition 1,2 Mio. € - und nicht 1,1 Mio. € beinhalte. Im Übrigen werde das Apollo „kein Hort der Hochkultur“. Er erinnert daran, dass die Stadt Emden von dem Kulturstandort ausdrücklich Abstand genommen hätte und eine andere Nutzung beschlossen hätte: im vorderen Bereich solle eine Gastronomie entstehen, darüber die Wohnung erneuert werden und im hinteren Bereich ein Gewerbe entstehen. Er sei völlig konsterniert gewesen, als er in der Zeitung gelesen hätte, dass das Rex-Kino für Veranstaltungen genutzt werden solle. Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf den Bau, die Toilettenanlagen, den Brandschutz usw. **Herr Jahnke** erläutert, 1,1 Mio. € würden über Förderprogramme, aber auch über die Zuschüsse der Stadt Emden finanziert. 100.000 € würden von den Mietern als Eigenleistung in die Sanierung des Apollo-Gebäudes eingebracht. Diese müssten nicht bei der Stadt Emden veranschlagt werden. Insofern habe die Verwaltung folgerichtig nur 1,1 Mio. € dargestellt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt den als Anlage der Vorlage 17/0505/1 beigefügten Haushaltsplan des Eigenbetriebes ‚Gebäudemanagement Emden‘ mit dem Investitionsprogramm für das Jahr 2018 vom 13.02.2018.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Zur zwischenzeitlichen Sicherstellung der Liquidität wird ein Kassenkredit in Höhe von 1.900.000 € festgesetzt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Kreditaufnahme der Beteiligungsgesellschaften für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 17/0578

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden genehmigt die Kreditaufnahmen der Zukunft Emden GmbH, der Stadtwerke Emden GmbH und der GEWOBA Emden GmbH für das Wirtschaftsjahr 2018 im Rahmen der beigefügten Wirtschaftspläne.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Bildung des Verwaltungsausschusses
Vorlage: 17/0010/1

Herr Bolinius weist darauf hin, dass in der o. g. Vorlage Herr Geiken als Beigeordneter der GfE-Fraktion aufgeführt sei. Er bitte um Korrektur. **Herr Verlee** erwidert, diese sei zwischenzeitlich bereits erfolgt.

Abweichender Beschluss:

Der Rat stellt für die 17. Wahlperiode folgende Sitzverteilung im Verwaltungsausschuss fest:

- 2 Sitze entfallen auf die SPD-Fraktion
- 2 Sitze entfallen auf die GfE-Fraktion
- 2 Sitze entfallen auf die CDU-Fraktion
- 1 Sitz entfällt auf die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 1 Sitz entfällt auf die FDP-Fraktion

Als Beigeordnete und als deren Vertreter/innen werden für die Dauer der 17. Wahlperiode folgende Ratsmitglieder bestimmt:

<u>SPD-Fraktion</u>	<u>Beigeordnete/r</u> Maria Winter Lina Meyer	<u>Vertreter/in</u> Harald Hemken Gregor Stelow
<u>GfE-Fraktion</u>	<u>Beigeordnete/r</u> Jochen Eichhorn <i>Doris Kruse</i>	<u>Vertreter/in</u> Bernd Janssen <i>Thomas Geiken</i>
<u>CDU-Fraktion</u>	Helmut Bongartz Andrea Risius	Heinrich Kronshagen Reinhard Hegewald

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bernd Renken

Andrea Marsal
Gustavo Mejia Yepes

FDP-Fraktion

Erich Bolinius

Hillegriet Eilers
Erwin Hoofdmann

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Wahl der ehrenamtlichen Vertreter/Vertreterinnen des Oberbürgermeisters
Vorlage: 17/0011/1

Herr Bornemann bedankt sich bei Herrn Geiken für die in den letzten 1 ½ Jahren in vielfältiger Weise ausgeübte Tätigkeit als Vertreter des Oberbürgermeisters und wünscht ihm alles Gute.

Im Anschluss daran tritt **Herr Verlee** in das Wahlverfahren ein. Weitere Wahlvorschläge werden nicht abgegeben. Er lässt einzeln und in der u. g. Reihenfolge, über die drei Wahlkandidaten abstimmen. Die u. g. VertreterInnen des Oberbürgermeisters werden jeweils einstimmig gewählt. **Herr Bornemann** gratuliert Frau L. Meyer, Frau Kruse und Frau Risius zu ihren Wahlen und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Abweichender Beschluss:

a) Für die 17. Wahlperiode wird

Lina Meyer

zur Bürgermeisterin gewählt.

b) Für die 17. Wahlperiode wird

Doris Kruse

zum Bürgermeisterin gewählt.

c) Für die 17. Wahlperiode wird

Andrea Risius

zur Bürgermeisterin gewählt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 10 Bildung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 17/0020/7

Beschluss:

Der Rat stellt für den Jugendhilfeausschuss die nachstehend aufgeführte Besetzung gem. § 73 NKomVG fest:

beratendes Mitglied

Dagmar Spannhoff
(Anna Zorn)

vorschlagsberechtigt

Vertreterin der katholischen Kirchengemeinde
(als Abwesenheitsvertreterin)

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

TOP 11 Bildung des Betriebsausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb
Vorlage: 17/0023/1

Beschluss:

Der Rat stellt für den Betriebsausschuss Bau- und Entsorgungsbetrieb die nachstehend aufgeführte Besetzung gem. § 71 NKomVG fest:

6 Ratsmitglieder mit Stimmrecht,

3 stimmberechtigte Vertreter/ innen der Bediensteten (§ 110 NPersVG):

- 2 Sitze entfallen auf die SPD-Fraktion
- 1 Sitz entfällt auf die GfE-Fraktion
- 1 Sitz entfällt auf die CDU-Fraktion
- 1 Sitz entfällt auf die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 1 Sitz entfällt auf die FDP-Fraktion

Der Ausschuss wird wie folgt besetzt:

SPD-Fraktion

Berendine Bamminger
Heinz Gosciniak

GfE-Fraktion

Finn Onno Telschow

CDU-Fraktion

Herbert Buisker

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jürgen Böckmann

FDP-Fraktion

Erwin Hoofdmann

Sonstige stimmberechtigte Mitglieder

Betriebsangehörige Vertreter

(Vertreter)

Richard Weber
Anke van Hoorn

(Sebastian Kettner)
(Verena Willms)

Sonstige Vertreter

(Vertreter)

Aloys Kiepe (ver.di)

(Andre Belger (ver.di))

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

TOP 12 Bildung des Betriebsausschusses Gebäudemanagement
Vorlage: 17/0024/1

Beschluss:

Der Rat stellt für den Betriebsausschuss Gebäudemanagement die nachstehend aufgeführte Besetzung gem. § 71 NKomVG fest:

6 Ratsmitglieder mit Stimmrecht,

3 stimmberechtigte Vertreter/ innen der Bediensteten (§ 110 NPersVG):

- 2 Sitze entfallen auf die SPD-Fraktion
- 1 Sitz entfällt auf die GfE-Fraktion
- 1 Sitz entfällt auf die CDU-Fraktion
- 1 Sitz entfällt auf die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 1 Sitz entfällt auf die FDP-Fraktion

Der Ausschuss wird wie folgt besetzt:

SPD-Fraktion

Matthias Arends
Marianne Pohlmann

GfE-Fraktion

Finn Onno Telschow

CDU-Fraktion

Herbert Buisker

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gustavo Mejia Yepes

FDP-Fraktion

Erwin Hoofdmann

Sonstige stimmberechtigte Mitglieder

Betriebsangehörige Vertreter

(Vertreter)

Harry Smit
Ottmar Loers

(Michael Koerth)
(Bianca Penning)
(Ingo Parduhn)

Sonstige Vertreter

(Vertreter)

Andre Belger

(Aloys Kiepe)

Ergebnis: einstimmig

TOP 13 Bestimmung der Vorsitze für die Ausschüsse und Benennung ihrer Vorsitzenden
Vorlage: 17/0025/3

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Beschluss:

<u>Ausschuss</u>	<u>Fraktion</u>	<u>Vorsitzende/r</u>	<u>Vertreter/in</u>
Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation	SPD	Maria Winter	Hans-Dieter Haase
Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt	SPD	Heinz Gosciniak	Marianne Pohlmann
Ausschuss für Wirtschaft, Hafen, Tourismus u. Digitales	CDU	Reinhard Hegewald	Gerold Verlee
Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice	GfE	Detlef Kruse	Thomas Geiken
Ausschuss für Gesundheit und Soziales	SPD	Elfriede Meyer	Regina Meinen
Schulausschuss	GfE	Doris Kruse	Knut Hencke
Sportausschuss	CDU	Andrea Risius	Heinrich Kronshagen

<u>Ausschuss</u>	<u>Fraktion</u>	<u>Vorsitzende/r</u>	<u>Vertreter/in</u>
Jugendhilfeausschuss	GfE	Silke Voß	Albert Ohling (CDU)
Rechnungsprüfungsausschuss (FDP)	Grüne	Andrea Marsal	Erwin Hoofdmann
Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung	SPD	Lina Meyer	Gregor Strelow
Betriebsausschuss Bau- und Entsorgungsbetrieb (FDP)	CDU	Herbert Buisker	Erwin Hoofdmann
Betriebsausschuss Gebäudemanagement	FDP	Erwin Hoofdmann	Gustavo Mejia Yes (Grüne)

Ergebnis: einstimmig

TOP 14 Neufassung der Kreditrichtlinie der Stadt Emden zum 01.01.2018
Vorlage: 17/0548

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 17/0548 als Anlage beigefügte Richtlinie der Stadt Emden über die Aufnahme und Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung sowie den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten im Rahmen eines aktiven Zins- und Schuldenmanagements in der Fassung zum 01.01.2018.

Ergebnis: einstimmig

TOP 15 Neufassung der Verwaltungskostensatzung
Vorlage: 17/0576

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Beschluss:

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) und des § 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der zurzeit gültigen Fassung beschließt der Rat der Stadt Emden die Satzung der Stadt Emden über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) mit Kostentarif gemäß Anlage zur Vorlage 17/0576.

Gleichzeitig tritt die Verwaltungskostensatzung vom 16.06.1977 mit Kostentarif in der Fassung vom 04.09.2002 außer Kraft.

Ergebnis: einstimmig

TOP 16 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 58 I Nr. 9 i. V. m. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 17/0593

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt den in der Begründung zur Vorlage näher beschriebenen außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017 zu:

I. Zugänge Anlagen im Bau Hochbaumaßnahmen (Umbau Feuerwehrhaus) im Teilhaushalt Fachdienst 437 Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz	100.000,00 €
II. Zugänge immaterielle Vermögensgegenstände aus geleistet Zuwendungen an verbundene Unternehmen (Dachsanierung BBS II - Nord-Werkstätten durch das Gebäudemanagement) im Teilhaushalt 990 Allgemeine Finanzwirtschaft	347.700,00 €

Ergebnis: einstimmig

TOP 17 Planung Neuer Markt;
- Plananpassungen nach Anregungen des "Runden Tisches"
Vorlage: 17/0551

Ergebnis: Diese Vorlage wurde ersetzt durch die Vorlage 17/0551/1.

TOP 17.1 Planung Neuer Markt;
- Plananpassungen nach Anregungen des "Runden Tisches"
Vorlage: 17/0551/1

Herr Docter zeigt sich erfreut über die Gespräche in den Fraktionen. Sowohl die Fraktionen als auch die Verwaltung seien zu der Überzeugung gekommen, dass es richtig sei, den Platz neu zu gestalten. In der VA-Sitzung am 12.02.2018 sei vorgeschlagen worden, die Entscheidung, wie viele Stellplätze auf dem Neuen Markt entstehen sollten und zu welchen Zeiten dort geparkt werden dürfe, auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Diesem Wunsch sei die Verwaltung mit der Strichvorlage 17/0551/1 nachgekommen.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Er weist darauf hin, dass – neben der Umgestaltung des Neuen Marktes – zu dem Zeitpunkt voraussichtlich auch die Kaufhalle gebaut werde. Beides werde Platz und Raum in Anspruch nehmen, aber je zügiger und ungestörter die einzelnen Baumaßnahmen laufen könnten, umso schneller seien sie auch fertig gestellt. Danach werde die Stadt in wesentlichen Teilen wiederhergestellt sein. Außerdem seien damit die Fördergelder, die der Verwaltung zur Verfügung ständen, sinnvoll genutzt. Er hoffe auf eine Zustimmung des Rates zu der o. g. Vorlage.

Herr Bongartz erklärt, in dem Fraktionsgespräch mit Herrn Docter sei ersichtlich gewesen, dass alle Fraktionen die Notwendigkeit der Sanierung des Neuen Marktes erkannt hätten. Alle Ratsmitglieder hätten sich für eine ständig fahrende Buslinie in dem Bereich Bahnhof - Neuer Markt - Amtsgericht – Bahnhof - ausgesprochen. Dies sei für viele BürgerInnen, besonders an den Markttagen, eine sehr gute Einrichtung. Die CDU-Fraktion möchte, dass der Verkehr nur an der Seite des Deutschen Hauses in den Katergang hinein- und zurückgeführt werde. Damit würde die Umfahrung des Neuen Marktes vermieden. Dies vorausgeschickt, könne die CDU-Fraktion der Vorlage 17/0551/1 zustimmen.

Bezüglich der Nutzung des Platzes am Neuen Markt stellt er klar, dass die CDU-Fraktion sich auch in Zukunft Parkmöglichkeiten in dem Bereich wünsche. Er hoffe auf einen zügigen Baubeginn. Seine Fraktion freue sich daher über den Zusatz im Beschluss, dass über die Anzahl der öffentlichen Stellplätze erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werde. **Herr Bolinius** schließt sich dem an. Er spricht sich im Namen der FDP-Fraktion für eine Sommer-/Winterlösung aus und schlägt vor, an dem Gespräch der Verwaltung mit den Marktbesckickern jeweils ein Fraktionsmitglied teilnehmen zu lassen. Dann lägen Informationen „aus erster Hand“ vor.

Herr Strelow erklärt, die SPD-Fraktion begrüße den Beginn der Sanierung des Neuen Marktes. Wichtig sei, dass keine Fördergelder verloren gingen. Insgesamt sollte die Attraktivität der Innenstadt auch mit der Umgestaltung des Neuen Marktes gesteigert werden. Er verweist auf die Neugestaltung und Reaktivierung der ehemaligen Kaufhalle mit dem dort entstehenden Geschäftsbereich.

Die SPD-Fraktion freue sich, dass es den Such- und Fahrverkehr um den Neuen Markt zukünftig nicht mehr geben werde. Es sei wichtig, dass die Anregungen der Marktbesckicker auch gehört würden. Einem Runden Tisch mit jeweils einem Fraktionsmitglied würde die SPD-Fraktion zustimmen.

Frau Marsal erklärt, Herr Docter sei zu diesem Thema nicht in der Fraktionssitzung der Grünen gewesen. Ihre Fraktion hätte aber von Anfang an für die Gestaltung des Architektenentwurfs geworben. Ihres Erachtens sei auch kein Runder Tisch mit den Marktbesckickern notwendig. Es handele sich hier um ein normales Verwaltungsgeschäft. **Herr Bongartz** erwidert, die CDU-Fraktion hätte den Marktbesckickern bereits Gespräche in der Fraktion zugesagt. Einen Runden Tisch halte die CDU-Fraktion ebenfalls nicht für erforderlich. Er weist darauf hin, dass in der Fachausschusssitzung auch über Alternativen gesprochen worden sei. Eine Alternative sei gewesen, während der Umbauphase im Stadtgarten den Wochenmarkt durchzuführen. An den Tagen, an denen dort andere Veranstaltungen stattfänden, könnte der Wochenmarkt woanders hin verlegt werden. Er weist darauf hin, dass im Stadtgarten die Anschlussleitungen für Strom, Wasser u. ä. vorhanden seien.

Herr Eichhorn erklärt, seines Erachtens sei allen Beteiligten der sehr schlechte Zustand des Neuen Marktes bewusst. Nichtsdestotrotz könne die Verwaltung gerne Architektenwettbewerbe durchführen. „Eine Oase der Ruhe“ sei sicherlich in der Stadt Emden wünschenswert, aber es gäbe vielleicht auch an anderen Stellen das eine oder andere Kleinod. Seine Fraktion möchte dafür werben, am Neuen Markt wieder Stellplätze einzurichten. Seine Fraktion tue sich daher schwer damit, einem Beschluss zuzustimmen, in dem nicht final die Stellplatzthematik abge-

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

handelt worden sei. Mit lediglich 11 Stellplätzen in den Sommermonaten sei seine Fraktion nicht einverstanden. Der Rat sollte sich „klar vor Augen halten“, dass das Konzept weiterhin einen Marktbetrieb an drei Tagen pro Woche vorsehe.

Er wüsste nicht, ob der Rat sich darüber im Klaren sei, dass ein leistungsfähiges Tiefbauunternehmen in der Lage sei, die Umgestaltung des Neuen Marktes in weniger als fünf Monaten umzusetzen. Aber für diese Zeit sei es natürlich sehr wichtig, den Marktbesckern einen Ausweichstandort zur Verfügung zu stellen, mit dem sie auch zufrieden seien. Die Wählergemeinschaft lehne aufgrund der Nichtfestsetzung der Stellplätze im Beschluss die o. g. Vorlage ab. **Herr Strelow** bedauert, dass die GfE-Fraktion sich damit gegen eine Weiterentwicklung der Emdener Innenstadt ausspreche. Seines Erachtens mache die Wählergemeinschaft sich relativ wenig Gedanken um die Weiterentwicklung der Stadt Emden. Die restlichen Fraktionen seien dagegen bereit, Verantwortung zu übernehmen. Die Verwaltung hätte einen Kompromiss vorgelegt, um das Thema „Parkplätze“ in einem nachgelagerten Prozess zu diskutieren. Wichtig sei in erster Linie der Erhalt der Fördergelder.

Er schlage vor, die Frage des Ausweichstandortes in einem der nächsten Ausschüsse für Stadtentwicklung und Umwelt zu diskutieren, Die Marktbesckicker könnten dort ihre Anregungen und Ideen für den Alternativplatz darlegen. Er glaube – im Gegensatz zu Herrn Eichhorn – nicht, dass die Baumaßnahme innerhalb von fünf Monaten abgearbeitet sein werde.

Frau Marsal beklagt die Zusammenarbeit mit der GfE-Fraktion. In der VA-Sitzung am 12.02.2018 seien alle VA-Mitglieder mit dem u. g. abweichenden Beschluss einverstanden gewesen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde den Kompromiss, über die Anzahl der öffentlichen Stellplätze auf dem Neuen Markt zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden, mittragen. **Herr Eichhorn** entgegnet, er hätte im VA am 12.02.2018 eindeutig gesagt, dass seine Fraktion in der heutigen Ratssitzung gegen die o. g. Vorlage stimmen werde, wenn nicht die entsprechenden Stellplätze im Beschluss untergebracht würden. Er spricht sich für eine Sanierung des Neuen Marktes aus, aber ohne die Unterbringung von Stellplätzen gäbe es keine Diskussion.

Herr Docter erläutert, das Siegerbüro Frenz Landschaftsarchitekten erhalte mit dem Beschluss über die o. g. Vorlage den Auftrag zur Ausführungsplanung des Neuen Marktes. Diese bedürfe einer engen Abstimmung mit den Nutzern des Neuen Marktes, insbesondere den Marktbesckickern und werde etwas Zeit in Anspruch nehmen. Die Umgestaltung des Neuen Marktes sei daher bewusst für das Jahr 2019 eingeplant worden. In diesem Kontext werde auch mit den Marktbesckickern über den Ausweichplatz für den Wochenmarkt gesprochen. Er kündigt eine Vorstellung des Ausbautentwurfs im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie im Betriebsausschuss des Bau- und Entsorgungsbetriebes an. Erst danach werde die Verwaltung die Arbeiten ausschreiben. Er bittet den Rat, die Fraktionsgespräche mit den Marktbesckickern an die Verwaltung zurück zu spiegeln.

Herr Bongartz erkundigt sich nach der Zeitachse. Er befürchte aufgrund der voraussichtlich gleichzeitigen Baustelle der Fa. List Development (Kaufhalle) einen extremen Parkplatzmangel in der Innenstadt. **Herr Janssen** schließt sich dem an. Er weist darauf hin, dass die Fa. Aldi – aufgrund ihrer nicht zufriedenstellenden Umsätze - den Bau eines Parkhauses erwäge.

Herr Docter geht näher auf die zu erledigenden Arbeiten ein. Er hoffe, den Platz über die Sommerphase 2019 fertigstellen zu können, denn mit Ausnahme des Abwasserkanals würden die Arbeiten hauptsächlich an der Oberfläche stattfinden. Er sei davon überzeugt, dass sowohl die Umgestaltung des Neuen Marktes als auch die Kaufhalle die Innenstadtentwicklung sehr weit voranbringen werden.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Beschluss:

Das Siegerbüro Frenz Landschaftsarchitekten erhält den Auftrag zur Ausführungsplanung des Neuen Marktes. Über die Anzahl der öffentlichen Stellplätze auf dem Neuen Markt wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 28	Dagegen: 8	Enthaltungen: 0
-----------	------------	-----------------

TOP 18 Fortschreibung des Vertrages der Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade (VEJ) und des Verkehrsverbundes Ems-Jade (VEJ) [VEJ-VEJ-Vertrag]
Vorlage: 17/0553

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt der Fortschreibung des Vertrages der Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade (VEJ) und des Verkehrsverbundes Ems-Jade (VEJ) [VEJ-VEJ-Vertrag] in der anliegenden Form zu.

Ergebnis: einstimmig

TOP 19 Schulverpflegung
Vorlage: 17/0514

Herr Bornemann informiert, die Verwaltung werde die Schulverpflegung jetzt so schnell wie möglich für ein Jahr ausschreiben. VA und Rat würden anschließend über die Vergabe entscheiden.

Ergebnis: Dieser TOP wird abgesetzt.

TOP 20 Einrichtung einer Berufsschulklasse im Ausbildungsberuf "Kaufmann/Kauffrau für E-Commerce"
Vorlage: 17/0562

Beschluss An den Berufsbildenden Schulen I in Emden wird zum Schuljahr 2018/2019 eine Berufsschulklasse im Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau für E-Commerce“ eingerichtet.

Ergebnis: einstimmig

TOP 21 Einrichtung einer Fachschule Technik - Schwerpunkte Fahrzeugtechnik und Elektromobilität - an den Berufsbildenden Schulen II
Vorlage: 17/0563

Beschluss: An den Berufsbildenden Schulen II in Emden wird zum Schuljahr 2019/2020 die Fachschule Technik um den Schwerpunkt „Fahrzeugtechnik und Elektromobilität“ erweitert.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

TOP 22 Erweiterung des Johannes-Althusius-Gymnasiums
Vorlage: 17/0564

Herr Buisker erläutert, er hätte unter TOP 5.1 „Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2018“ erfahren, dass die Statik für die Erweiterung des Johannes-Althusius- Gymnasiums zurzeit noch geprüft werde. Er bitte um eine Information des Rates, wenn die Entscheidung eingegangen sei. **Herr Jahnke** sagt diese zu. **Herr Docter** ergänzt, ein Bericht könnte in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudemanagement am 13.03.2018 erfolgen.

Beschluss:

Das Johannes-Althusius-Gymnasium (JAG) wird um 6 allgemeine Unterrichtsräume und 2 Nebenräume erweitert. Die in 2017 beschlossene Erweiterung wird insoweit geändert.

Die Kosten für diese größere Erweiterung erhöhen sich dadurch von bislang 1,0 Mio. € auf insgesamt 1,5 Mio. €. Die zusätzlichen erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 € sind über den Haushaltsplan 2018 des GME bereitzustellen.

Außerdem sind im Budget des Fachdienstes Schule und Sport zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € (dann gesamt 100.000 €) zur Verfügung zu stellen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 23 Anbau einer neuen Kinderkrippengruppe mit 15 Plätzen in Borssum (Träger: Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH)
Vorlage: 17/0589

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt, den Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige mit folgendem Projekt fortzusetzen:

- Anbau einer Kinderkrippengruppe mit 15 Plätzen in Borssum an die bestehende Einrichtung Middenmang (Träger: Ostfriesischen Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH)

Ergebnis: einstimmig

Dafür:35	Dagegen: 0	Enthaltungen: 1
----------	------------	-----------------

TOP 24 Veränderung des Betreuungsangebotes für Kindertageseinrichtungen in Emden
Vorlage: 17/0590

Beschluss:

Die in der Anlage zur Vorlage 17/0590 aufgeführten Anträge auf Erweiterung der Betreuungskapazitäten für Kindertagesstätten in Emden werden bewilligt.

Die von den freien Trägern beantragten Erweiterungen der Betreuungskapazität im Rahmen von Sonderöffnungszeiten werden zeitlich befristet für die Dauer von drei Jahren ab dem 01.08.2018 gewährt.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

MITTEILUNGSVORLAGEN

- TOP 25 Unterrichtung des Rates über die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 17/0594

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

- TOP 26 Änderungsantrag Gestaltung des Stadtverkehrs/ÖPNV - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FDP, CDU und GfE vom 23.01.2018
Vorlage: 17/0595

Ergebnis: Diese Vorlage wurde ersetzt durch die Vorlage 17/0595/1.

- TOP 26.1 Änderungsantrag Gestaltung des Stadtverkehrs/ÖPNV;
- Gemeinsame Anträge der Fraktionen FDP, CDU und GfE vom 23.01.2018 und 07.02.2018; Vorlage: 17/0595/1

Herr Bolinius erläutert, in der Ratssitzung am 9.7.2015 sei mit den Stimmen der SPD und den Grünen (CDU und FDP seien dagegen gewesen), ein neues Verkehrskonzept beschlossen worden. Überall in Deutschland werde der ÖPNV in den Städten verbessert, um den Autoverkehr einzuschränken. Man denke in der Bundesregierung sogar darüber nach, Fahren mit dem ÖPNV kostenlos durchzuführen. In Emden gehe man einen anderen, seines Erachtens falschen Weg.

CDU, GfE und FDP hätten einen Antrag auf Aufhebung des beschlossenen Busfahrplanes leider wieder zurücknehmen müssen, da Verträge vorlägen und man diese ohne große, finanzielle Risiken (so vorliegende Gutachten von Unternehmensberatungsfirmen und Rechtsanwälten, die von den Stadtwerken und der Stadt vorgelegt worden seien) – nicht aufheben könne. Einen Erfolg habe man allerdings erreicht: der vorgesehene Betrag für eine Fahrt mit dem Rufbus von 4 € sei auf den normalen Fahrpreis für eine Busfahrt (1,80 €) gesenkt worden.

Wie schon in der Ratssitzung am 09.07.2015 deutlich gemacht, sollten die Außenbezirke der Stadt Emden nach dem Verkehrskonzept ab dem 01.01.2017 nur noch im Rahmen eines Bedarfsverkehrs bedient werden. Dadurch würden die Bürger und Bürgerinnen der Außenbezirke von einem geregelten und verlässlichen Linienerverkehr ausgeschlossen. So würden folgende Stadtteile nur noch vom Bedarfsverkehr bedient: Conrebbersweg, Kulturzentrum, Constantia, Dollartcenter, Twixlum, Wybelsum, Wolthusen, Tholenswehr, Uphusen, Hilmarsum, Jarßum, Widdelswehr, Petkum. In diesen Stadtteilen wohne rund ein Drittel der Emder Bevölkerung, betont er. Danach erläutert er eine Fahrt von Emden über Borssum nach Petkum:

Nach dem neuen Fahrplan fahre der reguläre Bus bis zur Haltestelle „Freibad Borssum“. Ab dort fahre für den Bedarfsverkehr ein Sprinterbus. Möchte also ein Fahrgast aus der Stadt kommend nach Hilmarsum oder Petkum fahren, müsse der Fahrgast dem Fahrer dies mitteilen, dann werde der Fahrer des Sprinterbusses über die immer besetzte Kommunikationszentrale informiert und übernehme den Fahrgast an der Haltestelle „Freibad Borssum“ und bringe ihn zu der gewünschten Haltestelle.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Umgekehrt müsse ein Fahrgast, wenn er von Petkum in die Stadt möchte, eine halbe Stunde vorher in der Zentrale beim Betreiber anrufen und seinen Bedarf (Uhrzeit, Haltestelle und Ziel) mitteilen. Dann komme der Sprinterbus zur angegebenen Zeit zur Haltestelle, hole ihn ab und bringe ihn zur Haltestelle Freibad Borssum, wo dann umgestiegen werden müsse. So die Theorie! Was passiere, wenn die Rufbusse anderweitig in der Stadt unterwegs seien? Insbesondere für ältere und behinderte Menschen sei es schwierig, die Bestellung eines Bedarfsbusses rechtzeitig oder telefonisch vorzunehmen. Einige dieser Menschen würden alleine dazu überhaupt nicht in der Lage sein. Durch das Umsteigen bei dem Bedarfsverkehr mit Anschlussbedienung könne es sein, dass die BürgerInnen auf bestimmten stadtauswärts führenden Linien das Angebot anderer Busgesellschaften in Anspruch nehmen würden; ein Umsteigen sei dort nicht erforderlich. Dieses führe zu Einbußen bei den Fahrgeldeinnahmen. Die Kommunikationszentrale (Betriebsleitstelle) müsse während der gesamten Fahrplanzeit besetzt sein. Hierdurch entstünden Personalkosten!

Bei dem Bedarfsverkehr mit Anschlussbedienung müsse an den Umsteigehaltestellen während der gesamten Fahrplanzeiten ein Sprinterbus für den möglichen Bedarf in Bereitschaft stehen (nicht nur in Borssum sondern auch in Larrelt usw.). Personalkosten würden nicht gespart, lediglich teilweise eine Einsparung der Betriebskosten für die Fahrleistung (Kraftstoffe und Betriebsstoffe). Die Wirtschaftlichkeit dieses Systems werde von seiner Fraktion bezweifelt!

Mit dem Fahrplankonzept verhalte sich die Stadt Emden kontraproduktiv. Im übrigen VEJ-Bereich und in der ganzen Bundesrepublik würden die Stadt- und Linienverkehre dem demografischen Wandel entsprechend und für mobilitätseingeschränkte Personen ausgebaut. In Emden grenze man diesen Personenkreis von einem geregelten und verlässlichen Linienverkehr aus.

Nach dem neuen Verkehrskonzept könne am Wochenende (ab Sonnabendmittag) nur noch mit einem Rufbus (früher sei immer von einem Anrufsammeltaxi – AST – gesprochen worden) gefahren werden. Laut Zählung der Firma Reiter seien auf der Strecke Petkum / Harsweg von Sonnabendmittag bis Sonntag 1.200 Fahrgäste gezählt worden. Diese würden zukünftig natürlich den Rufbus nicht alle nehmen. Also würden sie mit dem Auto in die Stadt fahren und dort die Parkplätze belegen. Der CO₂-Ausstoß nehme damit deutlich zu. Da ein geregelter und verlässlicher Linienverkehr zukünftig nicht mehr stattfindet, sei dies für die Emdener Bürgerschaft eine Unterversorgung der Mobilität und ein Verlust an Lebensqualität.

Er beklagt, dass von der Verwaltung Verträge geschlossen worden seien, aus denen sie nicht wieder herauskomme. Aus diesem Grunde hätten die FDP, CDU und GfE „mit der Faust in der Tasche“ den o. g. Antrag zurückgenommen und würde diesem heute auch zustimmen.

Herr Bongartz weist darauf hin, dass er in Absprache mit den anderen Fraktionen den o. g. Antrag umformuliert hätte. Dieser beinhalte die im Beschluss genannten Änderungen.

Herr Docter erinnert an den ausdrücklichen Wunsch des Rates, die Verkehrsleistung zu reduzieren, damit die Tochter der Stadtwerke Emden GmbH (Stadtverkehr Emden) nicht 2/3 der Verkehrsleistungen selbst fahren müsste. Hiermit sei festgelegt worden, dass nicht mehr als 600.000 km und 23 Fahrzeuge pro Jahr benutzt werden dürften (Vorgaben der EU-VO 1370/07).

Die Stadtverkehr Emden sei heute bei einer Verkehrsleistung von ca. 680.000 km und dem Einsatz von 27 Fahrzeugen. Wenn die Stadt Emden diese auf gewollte 600.000 km und 23 Fahrzeuge reduziere, rede man von einer Reduktion und nicht von einem Ausbau und einer Mehrleistung. Er weist darauf hin, dass der Stadtteile Wybelsum bisher über keinen eigenen Stadtverkehrsanschluss verfüge. Es wurde daher versucht, mit intelligenten Konzepten zu reduzieren und gleichzeitig für alle ein ausgewogenes Angebot anzubieten.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Rates am 14.02.2018

Herr Bolinius steht zu der Haltung des Rates, die Fahrleistung von 800.000 auf 600.000 km zu reduzieren. Kritisiert werde allerdings, wie die Linienführung ausgeführt werde bzw. wie die 600.000 km verteilt würden. Es sei z. B. nicht erforderlich, dass in den Außenbezirken jede halbe bzw. jede volle Stunde ein Bus fahre.

Herr Bornemann betont, über die Inhalte des Konzeptes könne der Rat streiten, aber die Verwaltung habe jeden einzelnen Schritt rechtmäßig und nur aufgrund der gültigen Ratsbeschlüsse durchgeführt.

Beschluss:

1. Entgegen der vorherigen Planungen wird der Fahrpreis in den Anrufbussen von 4,00 € auf 1,80 € reduziert. Das entspricht dann dem Preis einer normalen Busfahrt.
2. Spätestens nach Ablauf von zwei Jahren sind Ergebnisse und Erkenntnisse des neuen Verkehrskonzeptes zu evaluieren und im Rat der Stadt Emden vorzustellen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 27 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Klinikverbund

Herr Bornemann gibt den Termin für die nächste gemeinsame Ratssitzung des Rates der Stadt Emden und des Kreistages des LK Aurich bekannt:

13.04.2018, 16.00 Uhr

Die Sitzung werde nichtöffentlich stattfinden. Der Sitzungsort werde noch bekannt gegeben. Der seinerzeit für den 05.04.2018 eingeplante Termin werde wegfallen.

Anm. der Protokollführung.

Die Sitzung wird am 13.04.2018, 16.00 Uhr, in der Kreisvolkshochschule Aurich, Oldersumer Str. 65 - 73, Raum 101, stattfinden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.